

Volksmacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition (Starkstraße 4/6, durch die Filialhandlungen der „Volksmacht“, Neue Hauptenstraße 5 und Friedr. Str. 105, Marktstraße 100, sowie durch alle Ausläufer zu beziehen. Einzelhefte m. Str. 105, Marktstraße 100, sowie durch alle Ausläufer zu beziehen. Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerspreis 0,50 Rmt., monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerspreis 2,10 Rmt. Durch die Post einzeln Zustellungsgebühren 2,46 Rmt.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Veranlagungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen von 3 bis 10 Pf. das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Starkstraße 4/6 oder in den Zweigstellen) abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Der polnische Sejm hat den Handelsvertrag angenommen

Wann folgt Deutschland mit der Ratifizierung nach?

Warschau, 12. März. (Eigener Juntribeicht.)

Der polnische Sejm hat das deutsch-polnische Liquidationsabkommen am Mittwochabend in namentlicher Abstimmung angenommen. Die Annahme erfolgte mit 133 gegen 90 Stimmen.

In der Mittwochsitzung des Sejm hielt Außenminister Galeski bei der dritten Lesung des deutsch-polnischen Handelsvertrages und des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens eine längere Rede. In der er die Unterzeichnung dieser beiden Abkommen begründete.

Zum Handelsvertrag wies der Außenminister einleitend darauf hin, daß nur durch internationale Zusammenarbeit die Welt zur Vermeidung der zerstörerischen Wirtschaftskrisen geführt werden könnte. Polen könne sich daher nicht einer Normalisierung seiner Beziehungen mit Deutschland verschließen, zumal es sich um den Vertrag seiner Meinung nach als erforderliche Gegengewicht erkaufte. Das Niederlassungsrecht, gegen das vor allem die polnischen Nationalisten wendeten, sei notwendig und berge keinerlei Gefahr für Polen in sich. Dagegen unterstützte die letzten wirtschaftspolitischen Maßnahmen Schlesiens seitens des Gleichgewichts des Warenaustausches nicht nur gegenüber Polen, sondern gegenüber allen mit Deutschland in Verbindung stehenden Agrarstaaten. Die polnische Regierung verfolge das Ziel, das Verhältnis der deutschen Bemühungen zur Beförderung der Agrarfrage, fürchte aber die künftliche und übermäßige Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Das größte Problem im Kampfe gegen die Agrarfrage sei im Augenblick die Entfernungs der landwirtschaftlichen Produktionsüberschüsse von den Weltmärkten. Der deutsche Agrarprotektionismus

werde sich nicht aufrecht erhalten können, da die internationale Nachkriegswirtschaft sich so sehr entwickelt habe, daß ein Staat nicht auf die Dauer eine allzu einseitige Wirtschaftspolitik treiben könne, ohne seine eigene nationale Wirtschaft zu schädigen.

Das Liquidationsabkommen führt, wie Galeski ausführte, ebenfalls zur Beruhigung der deutsch-polnischen Beziehungen, zumal es Polen von der Führung von etwa 15 000 Prozessen gegen deutsche Minderheitsangehörige befreie, die nur Unruhe und Verwirrung in die deutsch-polnischen Beziehungen getragen hätten.

In seinen Schlussbemerkungen unterstrich Galeski, daß es der Pflicht des Augenblicks sei, das Vertrauen in den internationalen Beziehungen wieder herzustellen. Man dürfe sich der Tatsache nicht verschließen, daß sich die europäische Gesamtlage im letzten Jahr unter dem Zeichen wachsender Wirtschaftsschwierigkeiten und allgemeiner Unruhe entwickelt habe. Der Augenblick erfordere eine sehr energiegeloste, koordinierte und entschlossene internationale Aktion. Sollte aber, so schloß der Außenminister, der Handelsvertrag infolge Nichtratifizierung durch den Reichstag dennoch nicht in Kraft treten, so werde dessen Annahme durch den Sejm von der öffentlichen Weltmeinung als

Zeugnis des polnischen Willens zur friedlichen Zusammenarbeit mit allen Staaten,

die eine Besserung der Weltwirtschaftslage wünschen, aufgenommen werden und die Schuld für das Entgegenarbeiten dieser Besserungen nicht auf Polen fallen.

Zwei Redner der nationalistischen Rechten wandten sich gegen die Ratifizierung der beiden Verträge, die ihrer Meinung nach Deutschland allzugroße Vorteile bieren.

fraktische Fraktion nicht der Erkenntnis, daß alle an der Aufrechterhaltung des demokratischen Regierungssystems und der Abwehr des Faschismus interessierten Parteien aus der gegenwärtigen Situation gewisse politische Schlussfolgerungen zu ziehen haben. Sie hat aber gerade deshalb unter allen Umständen das Recht,

zu verlangen, daß wenn überhaupt der Flottenbau nach den Plänen der Regierung vorgenommen wird, zum mindesten die finanzielle Belastung, die durch das Flottenbauprogramm erwächst, durch eine entsprechende Entlastung der arbeitenden Bevölkerung ausgeglichen wird.

Zu diesem Zweck wird sie bestimmte neuere politische Anträge einbringen und sie erwartet gleichzeitig ein Entgegenkommen in ihren Forderungen auf sozialpolitischem Gebiete.

Erst wenn diese Fragen geklärt sind, kann eine endgültige Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zu den angeforderten Sozialbauten erfolgen. Wir werden uns deshalb bei der Abstimmung über die angeforderte erste Rate für den Bau des Panzerkreuzers B der Stimme enthalten."

Abg. Dr. Kütz (Staatspartei): Wir werden die zum Unterhalt der Marine erforderlichen Mittel bewilligen.

Abg. Erking (Ztr.): Deutschlands Interessen erfordern es, daß alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die die Abrüstungsvorschriften des Versailler Vertrages für die Landesverteidigung gelassen haben. So schwierig die Finanzlage des Reiches heute auch ist, so mühe auch um desswillen der Bau des zweiten Schiffes in Angriff genommen werden, weil sonst in Wilhelmshaven und Kiel größere Arbeiterentlassungen bei den Marinetrieben erfolgen müßten.

Abg. Kuhn (Soz.) betonte gegenüber Ausführungen des Kommunisten Eröder, daß die Sozialdemokratie dem Bau des Panzerkreuzers B nicht zugestimmt habe, sondern sich zunächst lediglich der Stimme enthalten werde. Der Redner kritisierte dann Vorgänge in Wilhelmshaven und Küstingen. Die dortigen Marinelieferanten erwießen sich als sehr schwach gegenüber den Nationalsozialisten, aber gegenüber den Kommunisten zeigten sie eine desto größere Schärfe.

Abg. Voßl (Bapt. Vp.): Die Bayerische Volkspartei stimmt dem Marineetat zu und damit der Forderung der ersten Rate des Panzerkreuzers „Eriach Vorbringen" zu.

Reichswehrminister Dr. Groener wies darauf hin, daß bei der Landesverteidigung Deutschlands die Offize eine besondere strategische Rolle spielen. Diese strategische Bedeutung der Offize sei nach dem Weltkrieg durch die unglückliche Grenzziehung im Osten noch gestiegen. Das strategische Resultat stelle die Verteidigung Ostpreußens dar. Er werde bei seinen pflichtmäßigen Vorbereitungen für die Landesverteidigung alles tun, zu Lande und zu Wasser, um den Schutz Ostpreußens mit den äußersten Mitteln zu gewährleisten (Leb's Beifall). Nachdem er sich aus militärischen und politischen Gründen heraus zum Wiederaufbau unserer Seestreitkräfte in dem Rahmen, den uns der Versailler Vertrag gelassen habe, entschlossen habe, siehe und falle er mit dieser einmal in Angriff genommenen Flottenpolitik. Ein Zurück gebe es für ihn nicht.

Abg. Schöpplin (Soz.) wandte sich in einer grundrührigen Erklärung gegen die Vorwürfe der Kommunisten, die Sozialdemokratie habe ihren Standpunkt zur Wehrmacht geändert. Er habe schon 1919 in der Nationalversammlung die Schaffung einer Wehrmacht vertreten. Die Sozialdemokratie habe die Reichswehr stets bejaht und den Wehretat in allen Jahren bewilligt. Daß sie zu Einzelpositionen Streichungen verlangt habe ändere an dieser Grundeinstellung nichts. Auf Grund ihrer positiven Staatsanschauung habe die Sozialdemokratie die Landesverteidigung immer bejaht, auch schon in der Kaiserzeit. Er sei nicht nur Sozialdemokrat, sondern auch Deutscher. Und wenn ihm vorgeworfen werde, er hätte Befehle vom Reichswehrminister entgegengenommen, so müßte er den Kommunisten antworten, wenn es sich um das deutsche Volk und das deutsche

Ausschuß bewilligt die Rate des Panzerkreuzers B

Sozialdemokraten behalten sich ihre Entscheidung vor und enthalten sich deshalb der Stimme

Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm am Mittwoch den Marinetat an. Die Baureate für den Panzerkreuzer B wurde von den Stimmen der Kommunisten bei Stimmenthaltung der sozialdemokratischen Vertreter angenommen.

Abg. Stüden (Soz.) wies als Berichterstatter darauf hin, daß die Ausgaben der Reichsmarine insgesamt 191 Millionen betragen. Der Bestand der Beamten, Angestellten und Arbeiter sei auf einen Abbau hin zu prüfen, trotzdem bereits Beamte, 91 Angestellte und 374 Arbeiter abgebaut seien. Bei der Marineleitung sei kein Abbau vorgenommen worden. Aus Reich der Kommissariate seien bemerkenswerte Klagen nicht hervorgegangen. Es scheint, daß eine gewisse Konsolidierung eingetreten sei, auch die Zahl der Unfälle und Selbstmorde sei gering. Der Abbau der Reichsmarine sei nach wie vor sehr groß. Im letzten Jahre haben sich 30 800 junge Leute gemeldet, von denen nur rund 1000 eingestellt werden konnten.

Abg. Gauslich (Soz.): In den Hauptfragen ist bei der Marine das gleiche zu bemerken, wie beim Reichsheer. Sie verlangt den gleichen ehrenvollen und unehrenhaften Leistungen, die sich aus dem mehr oder minder heftigen Kampfe des Heeres, der unter Volk durchstößt. Das ist deutlich wahrnehmbar, wenn man sie aus der nächsten Nähe beobachten kann. Lassen sich Fälle beobachten, in denen Offiziere und Soldaten die besten Leistungen an den Tag legen, und andere, in denen sie zum mindesten zweifelhaft ist. Angesichts dieser Entwicklung ist die höhere Offiziere zweifellos die nicht leichte Aufgabe, durch geeignete Maßnahmen und eigenes Vorbild für die Leistung der Truppe zu sorgen. Jedes Verhalten, auch wenn es nicht zu beanstanden ist, das Zweifel erwecken muß, von höheren Vorgesetzten peinlich vermieden werden. Das heißt nicht nur mit der Truppe, sondern mit guten Unteroffizieren zusammenarbeiten. Die Kieker Prozesse sind kein Vorbild für die Marineleitung und das Reichsheer.

Mit dem Ausscheiden der letzten Dedoffiziere sind erhebliche Schwierigkeiten für das folgende Material entstanden. Es soll durch werden, diese Schwierigkeiten dadurch zu beheben, daß die Oberfeldwebel veranlaßt, länger als zwölf Jahre zu dienen. Das aber richtig wäre, dann sollte man zugeben, daß die Bildung der Dedoffiziere ein schwerer organisatorischer Vorgang ist, und aus dieser Erkenntnis den Schluss ziehen, daß Dedoffiziere wieder einzuführen. Es ist offenbar so, wenn die Arbeitsverhältnisse in der Wirtschaft vorhanden sind, werden in der Marineverwaltung auch Elemente lebendig. Ich vermute, gleichen Schritt zu nehmen mit den Reichsheer. Es ist wirklich notwendig, daß die Marineverwaltung den Soldaten kündigt und ernstliche Verhandlungen mit dem Ziel, eine Lohnsteigerung von 11 Pfennig die Woche, das sind fast 12 Prozent, vorzunehmen, und im gleichen Maße jedes Entgegenkommen auf eine Arbeitssteigerung zu vermeiden. Was soll man dazu sagen, wenn die Marineverwaltung in ihren Postbetrieben noch nicht die 48-Stundenwoche jagt, sondern mit großer Zähigkeit die 55- und 58-Stundenwoche verteidigt.

Der Redner gibt dann namens der sozialdemokratischen Mitglieder im Haushaltsausschuß folgende Erklärung ab:

Es ist Ihnen bekannt, daß die sozialdemokratische Fraktion den bisher angeforderten Raten für den Bau des Panzerkreuzers A ihre Zustimmung verweigert hat und sachlich liegt für sie keinerlei Veranlassung vor, gegenüber dem Panzerkreuzer B eine andere Stellung einzunehmen. Von allem anderen abgesehen erinnert sie aber an die Erklärung, die der Herr Reichswehrminister bei der Beratung des vorjährigen Haushalts seines Ministeriums am 6. Mai 1930 in diesem Ausschusse abgegeben hat. Der Herr Reichswehrminister stellte damals fest, daß er auf die Einziehung einer ersten Rate für das Panzerkreuzer B in Anbetracht der besonders angespannten Haushaltslage verzichtet habe, nachdem vom Reichskabinett in einer besonderen Entscheidung festgelegt worden sei, daß mit dem Etat 1931 ein Schiffbau-Ertragplan, der auch den Ertrag der Untereinstufe enthalten sollte, vorgelegt würde. Die Haushaltslage des Jahres 1931 ist noch angespannter als die des Jahres 1930 und es wäre also nach Ansicht der sozialdemokratischen Fraktion für die Regierung alle Veranlassung gegeben, auch diesmal auf die Inangriffnahme des Panzerkreuzers B zu verzichten."

Wenn nun von Seiten der Regierung und der bürgerlichen Parteien in diesem Zusammenhang auf die innenpolitische Gesamtlage hingewiesen wird, so verschließt sich auch die sozialdemokratische Fraktion nicht der Erkenntnis, daß alle an der Aufrechterhaltung des demokratischen Regierungssystems und der Abwehr des Faschismus interessierten Parteien aus der gegenwärtigen Situation gewisse politische Schlussfolgerungen zu ziehen haben. Sie hat aber gerade deshalb unter allen Umständen das Recht,

Hermann Müller schwer erkrankt

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Hermann Müller ist vor einigen Tagen wieder an einer schweren Gallenblasenerkrankung erkrankt, die seine Heilführung in eine Klinik notwendig machte. Sein Zustand ist ernst.

Berlin, 12. März. (Eig. Juntribeicht.)

In dem Besitze des früheren Reichslänglers und sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Hermann Müller-Brandenburger ist seit Mittwochabend eine leichte Besserung zu verzeichnen. Die behandelnden Ärzte, die den Patienten am Mittwoch gegen Abend nochmals eingehend untersucht haben, sind übereingekommen, zunächst von einer Operation abzusehen. Boreist ist es jedoch fraglich, ob Müllers Genesung überhaupt ohne operativen Eingriff möglich sein wird.

Dem Patienten sind inzwischen aus dem In- und Auslande telegraphisch und brieflich zahlreiche Wünsche zur baldigen Wiederherstellung zugegangen.

Auch wir sprechen dem Genossen Hermann Müller, der sich seine schwere Erkrankung im Dienste der Partei und der sozialistischen Arbeiterbewegung und im Jahrzehnteiligen Kampfe und Ringen für die Arbeiterklasse zugezogen hat, unsere warmsten Wünsche für seine baldige volle Genesung aus. Er gehört zu den bescheidenen Soldaten des Sozialismus, die nichts als Arbeit kennen und unermüdet bis zum körperlichen Niederknicken für die gute Sache des Sozialismus gearbeitet haben. Es sei nur daran erinnert, daß Hermann Müller seine schwere Arbeit

als Reichsländer unter schwierigen Verhältnissen geleistet und auch nach seinem Rücktritt ununterbrochen weiter gearbeitet hat, obwohl er seit Jahren ein schwer leidender Mann ist und von schweren Anfällen schon oft gequält wurde. Die gesamte Arbeiterklasse verfolgt seine Erkrankung mit banger Sorge und herzlichster Anteilnahme.

Das Gefrierfleischgesetz im Reichsrat

Preußen will für das Gesetz stimmen - Trotzdem keine Annahme unwahrscheinlich

Am Freitag nachmittag wird sich der Reichsrat mit dem Beschluß des Reichstages über die Zulassung von 50 000 Tonnen Gefrierfleisch befassen. Wahrscheinlich widerspricht der Reichsrat dem Beschluß des Reichstages, so daß die Vorlage an den Reichstag zurückgehen muß und hier nur mit Zweidrittelmehrheit endgültig erledigt werden kann.

Die preussische Staatsregierung hat ihre Reichsratsabermächtigung beantragt, für das Gefrierfleischgesetz zu stimmen. Dagegen werden sich jedoch die Länder Bayern, Württemberg, Thüringen, Braunschweig und wahrscheinlich auch Sachsen gegen das Gesetz wenden. Da ein Teil der preussischen Provinzen wie Ostpreußen und Brandenburg mit ihren delegierten Vertretern dem Gesetz ebenfalls ihre Zustimmung verweigern wird, ist kaum mit einer Annahme zu rechnen.

zum Problem des Panzerkreuzers B

A. Kr. Zu den gestrigen Ausführungen des Genossen Götstein einiges bemerkt werden: Man kann der Meinung sein, daß es falsche Politik wäre, wenn die Reichstagsfraktion unserer Partei nicht gegen die Räte des Panzerkreuzers B stimmen sollte. Diese Auffassung können ebenso wie für die andere gemächliche Seite ins Feld geführt werden, die gewiß kein Sozialist leicht annehmen wird, und nehmen kann, wenn sie auch vielen als nicht schlüssig erscheinen werden. Aber Genossen, die aus diesem Blick der Partei den Rücken kehren, beweisen damit nur, daß sie nicht mit der Partei nicht fest verbunden sind, denn das beweist ja doch, in der gefährlichsten und schwersten Zeit die Partei die sozialistische Arbeiterbewegung im Stiche zu lassen. Wir glauben nicht, daß alle, erfahrene und überzeugte Genossen das annehmen werden. Weil wir das nicht glauben, glauben wir aber auch nicht, daß die vom Genossen Götstein erwähnten neuen Mitteilungen in dem von Gerlach's gar so sehr als bare Münze genommenen werden dürfen. Herr von Gerlach ist eine politisch recht unglückliche Gestalt, die bei aller Gesinnungstreue zum Sozialismus doch von Stimmungen hin und her geworfen wird und deshalb, wie schon wiederholt in den letzten zwölf Jahren Angst vor seiner eigenen Courage bekommen haben dürfte. Wer dem Gerlach's Verhalten in den letzten einundzwanzig Jahren kennt, wird uns sicherlich bestimmen. Immerhin ist es charakteristisch, daß dieser doch gewiß ehrliche Sozialist zunächst nicht auf die neue Panzerkreuzerfrage so reagiert hat, wie wir gesehen, daß er nämlich sagte: Gewiß, es ist schmerzhaft, daß ein weiterer Panzerkreuzer gebaut werden soll, aber deshalb die ganze Demokratie aufs Spiel setzen, den Faschisten die Macht in die Hand geben, nein, das geht nicht, gerade im Interesse des Sozialismus und der Bekämpfung des Militarismus nicht. Und das unmittelbare, naive und eben deshalb besonders für die Arbeiterklasse auch überzeugter und entschiedener Gegner des Militarismus überaus charakteristische Zeugnis wird auch durch die nachträgliche Motivierung nicht aus der Welt geschafft. Es bleibt so bemerkenswert, daß es durchaus berechtigt war, wenn Parteiblätter auf sie beriefen. Aber entscheidend ist diese Stellung natürlich überhaupt nicht weder die auf die eine noch die auf die andere Meinung Gerlach's. Entscheidend kann nur das sein, was die tatsächlichen Gründe selbst sind. Die „Dresdener Volksstimme“, die auf diese Meinung Gerlach's hinwies, hat sich denn auch, wie der weitere Wortlaut ihres von uns zitierten Abdruckes aus ihrem Sonnabend-Artikel beweist, durch die erste Meinung Gerlach's gerade nicht beeinflussen lassen und trotz ihrer tatsächlichen Bedenken gegen die Durchschiebung der ersten Meinung des Panzerkreuzers B deutlich ausgesprochen. Es ist deshalb richtig, daß sich, wie Genosse Götstein schreibt, die von uns zitierten zustimmenden Meinungen einiger Parteiblätter sich auf Gerlach's erste Meinung stützen. Sie wird überhaupt nur erst dann von dem Blatte, das der Durchschiebung nicht ohne weiteres zustimmt. Die anderen Auslassungen führen für ihre Auffassung keine rein sachliche Gründe an. Ebenjedenfalls ist es richtig, daß vorgeschlagen eine Anzahl von zustimmenden Pressestimmen anzuführen, gleich die erste, die wir in den entscheidenden Tagen in vollem Wortlaut anführten, war nicht zustimmend. Die sonstigen Ausführungen des Genossen Götstein sei heute eingegangen. Wir möchten uns zum Schluß nur die Bitte erlauben, daß der Fall des Panzerkreuzers A 1928/29 wohl nicht mit dem jetzigen Fall des Panzerkreuzers B verwechselt werden kann. Damals waren wir nach einem Wahlsieg im Angriff, es bestand daher damals kein Anlaß zu dieser Bedenken, heute sind wir nach einer Wahlniederlage im schwersten Bekämpfung und da muß manches Unangenehme geschluckt werden, um das Wichtigste zu halten.

Der Koalitionstrach in Weimar

Weimar, 11. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Differenzen unter den thüringischen Koalitionsparteien waren bis Mittwochabend noch nicht beigelegt. Veranlassung zu dem Trach gab ein Artikel in dem thüringischen „Kriegsblatt“, der von dem Vorsitzenden der Koalition, dem Zentrum und den Sozialdemokraten Charakteristika abgeworfen und weiter gesagt wird, daß sie ihre Anhänger nicht betrogen und verraten hätten. Die Koalitionsparteien wurden durch noch besonders als „trübselige Kreise“, „Leitretter“ und „Kampfwagen“ gekennzeichnet. Tief beleidigt und verärgert über die Koalitionspartei eine Stellungnahme der nationalsozialistischen Landtagsfraktion zu dem Artikel. Eine beratende Sitzung ist auch erfolgt. Sie befriedigte die Koalitionspartei nicht. Am Mittwoch haben die Nazis die Regierungsteile zu einer neuen interfraktionellen Sitzung eingeladen, an der auch die Minister teilnehmen und in der man zu den Differenzen Stellung nehmen wollte. Die Koalitionspartei hat den Nationalsozialisten jedoch geantwortet, daß keine Beratung habe, an der Sitzung teilzunehmen. Diese Frage gerichtet, ob sie glaubten, mit Charakteristika und „Kampfwagen“ in Zukunft noch zusammenarbeiten zu können. Die konkrete Frage sei von den Nationalsozialisten nicht beantwortet worden. Das Weimarer „Kriegsblatt“ schreibt am Mittwoch zu dem Trach: Die schlechte Nachahmung eines Ausfluges aus dem Trach ist impaniert uns nicht. Will die Deutsche Koalitionspartei den Kampf, dann kann sie ihn haben. Die Koalitionspartei mag nun das sie nicht lassen kann.

Wichtig gegen den berufsmäßigen Verleumder!

Die Staatsanwaltschaft I Berlin hat jetzt gegen Schriftsteller Rohlfs (Jarnum) und den Verleger Lehmann öffentliche Klage wegen formaler Beleidigung und Verleumdung gegenüber dem preussischen Landtagsabgeordneten Dr. (Sozialdemokrat) erhoben. Die Verhandlung wird vor dem Landgericht Berlin-Mitte durchgeführt werden.

Die SPD-Putschist jetzt Nazimann

Zu den SPD-Putschisten in Weimar, heißt es in der „Kriegsstimme“, die die Nazis jetzt als „Putschisten“ und „Verleumder“ beschreiben angeheißt. Dieser Beschimpfung wird durch die Weimarer Kommunisten, der bei jedem SPD-Putsch war und eine dankbare Rolle spielte, keine Antwort gegeben. 1921 wollte er die Weimarer Wehr, deren Kommandant er war, eine unternehmerische Stelle werden, in der er einen unternehmerischen Betrieb des Handwerks betreiben wollte. Damals legte ihm die Polizei das Handwerk. Dieser Weimarer Putschist gehörte bei den Nazis als

Neue Mordtat der Nazis

Nazimann schießt einen 17jährigen Lehrling in den Unterleib

In Berlin-Schöneberg wurde am Mittwoch abend gegen 9 Uhr ein 17jähriger Lehrling, der zu einer Gruppe „Roter Wanderer“ gehörte, von einem Falenkreuzer niedergeschossen und lebensgefährlich verletzt. Die Gruppe „Roter Wanderer“, übrigens eine kommunistische Organisation, hatte in Berlin-Schöneberg an einer Versammlung teilgenommen. Als sich die jungen Leute nach Schluß der Versammlung auf dem Heimweg befanden, begegneten ihnen mehrere Nationalsozialisten, die wiederholt den Ruf „Heil Hitler“ ertönen ließen. Sofort entstand eine Schlägerei, die jedoch nur von kurzer Dauer war, weil die Falenkreuzer, von den Kommunisten verfolgt, bald ausrückten. Auf der Flucht drehte sich einer der Nazis um und feuerte mehrere Schüsse ab. Von einer Kugel wurde der 17jährige Lehrling in den Unterleib getroffen. Er brach blutüberströmt zusammen. Die Täter flüchteten unterdessen weiter und verschwanden in den Räumen der Schloßbrauerei, wo später eine ganze Hitler-Versammlung abgehalten wurde. 110 Nationalsozialisten mußten den Weg zum Polizeipräsidium antreten. Hier fanden während der ganzen Nacht Ver-

nehmungen und Gegenüberstellungen mit den Zeugen der Tat statt. Soweit einwandfrei festgestellt werden konnte, daß die Nationalsozialisten an der Tat nicht beteiligt waren, wurden sie wieder auf freien Fuß gesetzt. Als verdächtigen Elemente wurden jedoch in Haft gehalten. Ihre Vernehmung dauert zurzeit um 7 Uhr morgens noch an. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß sich unter den in Haft befindlichen Nationalsozialisten der Täter befindet.

Christlichsoziale gegen Starhemberg

Am 11. März (Eigener Drahtbericht.) Die Linzer Christlichsozialen haben das Angebot Starhembergs, bei den oberösterreichischen Landtagswahlen eine gemeinsame antimarxistische Front zu bilden, abgelehnt. Dr. Starhemberg inzwischen die Aufstellung eigener Kandidaten angekündigt hat, erklärt das hiesige christlichsoziale Organ, daß die Christlichsozialen die Infundierung Starhembergs als Kriegsverrat anassen und ihre Anhänger aus der Heimwehr zurückziehen würden.

Sturm in der belgischen Kammer

Liberaler Angriffe auf Vandervelde, weil dieser erklärt hatte, daß die deutschen Sozialdemokraten vor allem die Diktatur verhindern müßten, auch wenn sie dabei den Panzerkreuzer durchschießen müßten

Brüssel, 11. März. (Eigener Drahtbericht.) In der belgischen Kammer kam es am Mittwoch bei der Fortsetzung der Debatte über den Etat des Ministeriums des Krieges während der Rede des früheren liberalen Kriegsministers Deweze zu äußerst heftigen Szenen. Deweze griff den sozialistischen Führer Vandervelde an, weil dieser in einer vorhergehenden Sitzung der belgischen Sozialdemokratie in ihrer schwierigen Lage der Sympathie und der Solidarität der belgischen Sozialisten versichert hatte wie auch ihre Entscheidung bezüglich des Reichswehretats und des Panzerkreuzers ausfallen möge. Vandervelde wurde es also vollkommen in der Ordnung, so erklärte Deweze, daß die Sozialdemokratie im deutschen Reichstag für den Panzerkreuzer und den Wehretat stimme, während er im belgischen Parlament gegen den Wehretat stimme. Vandervelde wolle so im Grunde die einseitige Abrüstung Belgiens, während Deutschland seine Rüstungen vermehren dürfe. Dieser witzvoll uneheliche Angriff des früheren liberalen Kriegsministers entsetzte in den sozialistischen Reihen einen wahren Sturm der Entrüstung. Rufe fielen wie „Lächer!“ „Sie verbrechen witzvoll Vanderveldes Worte, Sie wissen genau, daß die Sozialisten die gleichzeitige Abrüstung in allen Ländern wollen.“

gelassene Falenkreuzer die ihm eingeräumte Redezeit wesentlich überschritten hatte, wurde er aufgefordert, abzutreten. Im gleichen Augenblick warfen die auf der Tribüne anwesenden Nazis Biergläser in den Saal. Bei dem dann einsetzenden Tumult wurde mit zerhackten Ähren und Stühlen zugeschlagen, bis es dem Saalkönig des Reichsbanners gelang, die Kommands hinauszumerfen. Von den ins Krankenhaus eingelieferten zehn Verletzten liegt einer mit schweren Kopfwunden daneben.

Vandervelde rief: „Die deutschen Sozialdemokraten kämpfen gegen die Diktatur. Wollen Sie, daß die deutschen Sozialisten Hitler in den Sattel verhelfen?“

Von den sozialistischen Bänken ertönen ironische Hochrufe auf Hitler. Der Tumult dauerte mehrere Minuten. Als Deweze dann seine Rede fortsetzen will, befehlen die sozialistischen Abgeordneten darauf, daß er zunächst seinen Angriff zurücknimmt. Schließlich verteilte der Präsident die Sitzung.

Die Wirtschaftspartei ist in Ehrendingen bescheiden

Ihr Ehrengericht findet an Herrn Dremwig nichts. Das Ehrengericht der Wirtschaftspartei läßt verlaublich, daß sich alle in letzter Zeit gegen Herrn Dremwig erhobenen öffentlichen Beschuldigungen als unbegründet herausgestellt hätten. Das soll das Ergebnis einer eingehenden Beweisaufnahme sein. Mit welcher Mehrheit es zum Beschluß erhoben wurde, wird in der Verlautbarung nicht gesagt. Danach ist anzunehmen, daß die Rehabilitierung von Dremwig keineswegs einstimmig erfolgt ist. Dremwig würde insbesondere von dem Abg. Celosier, der inzwischen aus der Wirtschaftspartei ausgetreten ist, beklagt, sich durch die Partei zu deren Schäden besondere Vorteile verschafft zu haben. In den nächsten Tagen wird die Sache noch vor Gericht ein Nachspiel haben.

Dänische Abrüstungsvorlage angenommen

Der Folketing nahm am Mittwoch abend mit 77 Stimmen der Sozialdemokraten und Radikalen gegen 61 Stimmen der Konservativen und der Bauernliken die Abrüstungsvorlage der Regierung an. Die Vorlage, die eine wesentliche Herabsetzung der militärischen Ausgaben vorsieht, geht jetzt dem Landsting zu, wo ihre Verabschiedung nicht so ohne weiteres möglich sein wird wie im Folketing. Im Landsting besitzt die Regierung nicht die Mehrheit.

Baldwin gefährdet den Frieden mit Indien

Bombay, 11. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorstoß der englischen Konservativen gegen die Jantipolitik der Arbeiterregierung hat in ganz Indien großes Aufsehen erregt und den Gegnern des Friedensschlusses Wasser auf die Mühlen getrieben. Selbst die gemäßigten Indier sind der Ansicht, daß das Friedensabkommen auf der Grundlage geschlossen worden sei, daß alle englischen Parteien damit einverstanden sind. Schon ertönt bereits der Ruf „Landesverrat“ und selbst Gandhi ist gezwungen, dieser Stimmung entgegenzutreten. In einer öffentlichen Rede erklärte der allindische Führer am Mittwoch, er wünder sich nicht über die englischen Konservativen, und es sei gut, daß sie schon jetzt offen ihre Karten auf den Tisch legten. Das tue aber auch der allindische Kongress. Es gebe nur eins: vollkommene Selbstständigkeit und Selbstverwaltung Indiens.

Nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen versuchte sich Deweze herauszureden. Er habe den Sozialisten nicht den Vorwurf machen wollen, daß sie die einseitige Wehrlosmachung des Landes fordern, sondern nur zeigen wollen, daß Vandervelde in manchen Teilen seiner Rede mehr als Vertreter der sozialistischen Internationale denn als früherer belgischer Außenminister geredet habe. Daraufhin legte sich die Erregung langsam.

Es sollte unseren Genossen immerhin zu denken geben, daß die belgischen Sozialdemokraten, die zur Zeit selbst gerade eine starke Aktion für die Abrüstung auch ihres eigenen Landes betreiben, durchaus verstehen, und das offen erklären, wenn die deutsche Sozialdemokratie an Panzerkreuzer B passieren ließe, wenn das notwendig ist, um die Machtgreifung der Nazis zu verhindern. Und da sollten das die deutschen Arbeiter nicht auch verstehen?

Neue Ausfallbürgschaften für Auslandsaufträge

Wie verlautet, ist bereits in den gestrigen Besprechungen zwischen dem Reichsfinanzminister und zahlreichen anderen Mitgliedern des Reichskabinetts mit den aus Moskau zurückgekehrten Industriellen eine vorläufige Klarheit dahin geschaffen worden, daß Reich und Länder bereit sind, für die von den deutschen Industriellen in Moskau vereinbarten neuen Aufträge weitgehende Ausfallbürgschaften zu übernehmen. Dazu meldet die „Bosnische Zeitung“ im Einzelnen: Die Bürgschaften, für die sich im ganzen um 300 Millionen Reichsmark ausfallbürgschaften sollen von Reich zu 40 v. H., von den Ländern zu 30 v. H. getragen werden, so daß der Restbetrag von 90 Millionen auf eigenes Risiko der Industriellen laufen würde. Allerdings haben sich auch einzelne Städte zur Übernahme weiterer Ausfallbürgschaften bereit erklärt, in der Hoffnung, dadurch in der Wirtschaftspflege entlastet zu werden. Zu lösen bleibt allerdings die Frage der Vorfinanzierung für die Lieferungen. Die russische Regierung ist bereit, für ein Drittel der Lieferungen Wechsel auszustellen, die in Deutschland begehrt werden müßten. Nachdem aber Reich und Länder sich zu einer weitgehenden Bürgschaftsübernahme entschlossen haben, sind die Verhandlungen mit der Reichsbank und den großen Privatbanken über diese Frage wesentlich erleichtert. Dazu ist festzustellen, daß eine endgültige Entscheidung der Reichsregierung über die Übernahme der Ausfallbürgschaften bisher noch nicht vorliegt. Das Kabinett wird sich mit der Sache erst am Freitag befassen.

Nazis und Bayerische Volkspartei prügeln sich

München, 10. März. (Eig. Draht.) Im Münchener Stadtrat kam es am Dienstag zu einem wilden Handgemenge zwischen den Fraktionen der Nazis und der Bayerischen Volkspartei. Ober der Führer der Falenkreuzer, der als besonderer Frontkämpfer und durch unerschöpfliche Anpöbelungen Oster von Müllers (Deutsches Volkstum) bekannt ist, schloß sich durch Ausführungen eines Stadtrats der Bayerischen Volkspartei beleidigt. Er inszenierte deshalb mit seinen Gefolgsleuten sofort einen ungeordneten Tumult. Die Nazis warfen mit Ähren und Ähren und Würsten die Mitglieder der Volkspartei mit den Händen auf ihre Gegner, so daß die Sitzung gänzlich unterbrochen wurde. Nach ihrer Wiederaufnahme wurde es fast noch einmal zu handgreiflichen Auseinandersetzungen gekommen, als die Nazis versuchten, die Ausprägung der Reichsbankbetriebe demagogisch für ihre Zwecke auszunutzen. Eine schwere Schlägerei provozierten die Nazis auch in einer sozialdemokratischen Versammlung in Kempten, in der Abg. Fröhlich-Weimar sprach. Als der zur Disziplinierung

Amtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes

Hauptmarkt am 11. März 1931

Der Schlachtviehmarkt 1017 Nummer 947 - 948 bis 949 - 950 - 951 - 952 - 953 - 954 - 955 - 956 - 957 - 958 - 959 - 960 - 961 - 962 - 963 - 964 - 965 - 966 - 967 - 968 - 969 - 970 - 971 - 972 - 973 - 974 - 975 - 976 - 977 - 978 - 979 - 980 - 981 - 982 - 983 - 984 - 985 - 986 - 987 - 988 - 989 - 990 - 991 - 992 - 993 - 994 - 995 - 996 - 997 - 998 - 999 - 1000

1. Kinder. 1045 Stück. 2. Rinder. 106 Stück. 3. Schweine. 117 Stück. 4. Schafe. 117 Stück. 5. Gänse. 117 Stück. 6. Enten. 117 Stück. 7. Hühner. 117 Stück. 8. Kanarienvögel. 117 Stück. 9. Fische. 117 Stück. 10. Vögel. 117 Stück. 11. Wild. 117 Stück. 12. Wildschwein. 117 Stück. 13. Wildkatze. 117 Stück. 14. Wildschaf. 117 Stück. 15. Wildziege. 117 Stück. 16. Wildschaf. 117 Stück. 17. Wildziege. 117 Stück. 18. Wildschaf. 117 Stück. 19. Wildziege. 117 Stück. 20. Wildschaf. 117 Stück. 21. Wildziege. 117 Stück. 22. Wildschaf. 117 Stück. 23. Wildziege. 117 Stück. 24. Wildschaf. 117 Stück. 25. Wildziege. 117 Stück. 26. Wildschaf. 117 Stück. 27. Wildziege. 117 Stück. 28. Wildschaf. 117 Stück. 29. Wildziege. 117 Stück. 30. Wildschaf. 117 Stück. 31. Wildziege. 117 Stück. 32. Wildschaf. 117 Stück. 33. Wildziege. 117 Stück. 34. Wildschaf. 117 Stück. 35. Wildziege. 117 Stück. 36. Wildschaf. 117 Stück. 37. Wildziege. 117 Stück. 38. Wildschaf. 117 Stück. 39. Wildziege. 117 Stück. 40. Wildschaf. 117 Stück. 41. Wildziege. 117 Stück. 42. Wildschaf. 117 Stück. 43. Wildziege. 117 Stück. 44. Wildschaf. 117 Stück. 45. Wildziege. 117 Stück. 46. Wildschaf. 117 Stück. 47. Wildziege. 117 Stück. 48. Wildschaf. 117 Stück. 49. Wildziege. 117 Stück. 50. Wildschaf. 117 Stück. 51. Wildziege. 117 Stück. 52. Wildschaf. 117 Stück. 53. Wildziege. 117 Stück. 54. Wildschaf. 117 Stück. 55. Wildziege. 117 Stück. 56. Wildschaf. 117 Stück. 57. Wildziege. 117 Stück. 58. Wildschaf. 117 Stück. 59. Wildziege. 117 Stück. 60. Wildschaf. 117 Stück. 61. Wildziege. 117 Stück. 62. Wildschaf. 117 Stück. 63. Wildziege. 117 Stück. 64. Wildschaf. 117 Stück. 65. Wildziege. 117 Stück. 66. Wildschaf. 117 Stück. 67. Wildziege. 117 Stück. 68. Wildschaf. 117 Stück. 69. Wildziege. 117 Stück. 70. Wildschaf. 117 Stück. 71. Wildziege. 117 Stück. 72. Wildschaf. 117 Stück. 73. Wildziege. 117 Stück. 74. Wildschaf. 117 Stück. 75. Wildziege. 117 Stück. 76. Wildschaf. 117 Stück. 77. Wildziege. 117 Stück. 78. Wildschaf. 117 Stück. 79. Wildziege. 117 Stück. 80. Wildschaf. 117 Stück. 81. Wildziege. 117 Stück. 82. Wildschaf. 117 Stück. 83. Wildziege. 117 Stück. 84. Wildschaf. 117 Stück. 85. Wildziege. 117 Stück. 86. Wildschaf. 117 Stück. 87. Wildziege. 117 Stück. 88. Wildschaf. 117 Stück. 89. Wildziege. 117 Stück. 90. Wildschaf. 117 Stück. 91. Wildziege. 117 Stück. 92. Wildschaf. 117 Stück. 93. Wildziege. 117 Stück. 94. Wildschaf. 117 Stück. 95. Wildziege. 117 Stück. 96. Wildschaf. 117 Stück. 97. Wildziege. 117 Stück. 98. Wildschaf. 117 Stück. 99. Wildziege. 117 Stück. 100. Wildschaf. 117 Stück.



Die Preise und Qualitäten unserer Weinbrandmarken sind beispiellos

Deutscher Weinbrand-Verschnitt 2.60
Weinbrand-Verschnitt Edel 2.85

Hausmarke, hochfeiner Weinbrand 3.30
Uraller Fache 3.60

verkauft in 20 Gaststätten. Lieferung frei Haus durch Detailgeschäft (keine Gaststätte) Ring 3, Telefon 25937.

Arbeiter-Sport

Fußballvorbereitung für den 15. März

Die Spiele der ersten Mannschaften beginnen sämtlich um 19.30 Uhr. In der Gruppe I spielen: Galze - 1924 in Neutitz.

Handballvorbereitung für Sonntag, den 15. März
Am kommenden Sonntag fällt voraussichtlich in der Gruppe DII der A-Klasse die Entscheidung.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 14. Kreis, 1. Bezirk
Sonntag, den 3. März, 9 Uhr, im Breslauer Gewerkschaftshaus

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 14. Kreis, 1. Bezirk
Sonntag, den 3. März, 9 Uhr, im Breslauer Gewerkschaftshaus

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer Breslau
Abteilung Gaudau, Touren für März und April: 15. März

Arbeiter-Samariter-Bund
Jugendabteilung, Sonntag, den 15. März, Fuhrtour, 12.30 Uhr

Arbeiter-Kulturreine
Freie Menschen, Sonntag, 20 Uhr, Probe, Gewerkschaftsgartenstraße

Breslauer Produktentörse vom 11. März

Table with columns for 'Tägliche amtliche Notierungen' and 'Zusätzliche Notierungen'. Lists prices for wheat, rye, and other goods.

Stadttheater
Donnerstag, 20.15 - 22.15
Abend-Vorstellung D 15

Operntheater
Donnerstag, 20.15 - 22.15
Abend-Vorstellung D 15

Schauspielhaus
Operntheater
Donnerstag, 20.15 - 22.15
Abend-Vorstellung D 15

LIEBICH
Donnerstag, 20.15 - 22.15
Abend-Vorstellung D 15

NONI
Donnerstag, 20.15 - 22.15
Abend-Vorstellung D 15

Circus Busch
Donnerstag, 20.15 - 22.15
Abend-Vorstellung D 15

Werktätige Radfahrer!
Bei jeglichem Schaden wählen Sie nur das Fahrrad...

Werktätige Radfahrer!
Bei jeglichem Schaden wählen Sie nur das Fahrrad...

Werktätige Radfahrer!
Bei jeglichem Schaden wählen Sie nur das Fahrrad...

Record // Der elegante Herrenhut mit gutem Futter 5.90 Petersdorf

Familien-Anzeigen
Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Am 9. März verschied unser Kollege Paul Hoppe

Danksagung!
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme und die herrlichen Kranzspenden...

Bünder-Versteigerung
im Versteigerungsraum
Berliner Platz 2
am Donnerstag, den 13. März, vormittags 9 Uhr

Partei-Zentrale
Kraften Bekleidungen, Verknüpfung in Hosen, Restarbeiten, Calfas

Druckerei
Bollswedel
Breslau 2, März 1931

Der Wahre Jacob
Preis 30 Pf
Sozialdemokratisches Witzblatt

Der Wahre Jacob
Preis 30 Pf
Sozialdemokratisches Witzblatt

Kühneraugen
besitzt schnell und sicher
Kukinol
Nicht Packung 40 Pf. Original-Packung...

Breslauer Nachrichten

9 Tote im Februar

unter 215 Verkehrsunfällen

Im Verlauf des Monats Februar wurden im Stadtgebiet Breslauer 215 Verkehrsunfälle registriert, bei denen 9 Personen getötet (darunter zwei Kinder unter sechs Jahren) und 106 Personen verletzt wurden.

111 Verkehrssünder wurden mit Strafmandaten beglückt und gegen 87 leitete die Verkehrspolizei ein Verfahren bei der Amtsanwaltschaft ein.

In diesem Zusammenhang erscheint es wichtig, darauf hinzuweisen, daß die Polizei gegen verschiedene Arten von Verkehrssündern jetzt ganz scharf vorgeht, um endlich die Unfallzahlen zu verringern.

Dauernde Mordheke in einem Wochenblatt

Warum schweigt hier ständig die Staatsanwaltschaft?

Wiederholt haben wir in diesen Spalten auf die Mordheke hingewiesen, die Gruschwitz — wohl der übelste politische Weinhund, den man kennt — in seiner "Tribüne" propagiert.

Freitag, den 13. März, 20 Uhr:

SPD.-Beamtenversammlung

Thema: Der Kampf um die Selbstverwaltung.

Gedächtnis-Ausstellung Otto Mueller

Schließliches Museum der bildenden Künste

Die Ausstellung, die das Schließliche Museum der bildenden Künste zum Gedächtnis Otto Muellers, des im September vorigen Jahres verstorbenen Malers und Prospektors an der Breslauer Kunstakademie rüstete und die Direktor Erich Wieke zusammenbrachte und mit Sorgfalt und Wärme hat uns alle überreicht.

Nach Anfang 1930 haben wir Arbeiten von Otto Mueller zur Ausstellung der Kunstakademie. Hätten wir gedacht, das wunderbare Bild "Eiel und Kind", das diese Ausstellung diese Offenbarung von Einfachheit und rätselhaft glücklicher Klarheit eines der letzten, vielleicht das letzte Gemälde Muellers sein würde?

Prostitution

Ein aufklärender Vortrag in der Breslauer Zentrale für Jugendfürsorge

Die Breslauer Zentrale für Jugendfürsorge veranstaltete am Dienstag im großen Schönerbergersaal einen gut besuchten Vortrag über das Thema: "Prostitution".

Solange die Bekämpfung der Prostitution nach den bis vor drei Jahren geltenden Reglementierungsgeetzen erfolgte, gab es eine offene und eine geheime Prostitution.

Auf die Ursachen dieses Zustandes eingehend, gab der Vortragende einen Überblick über den langen wissenschaftlichen Streit, der darum ging, ob die Prostitution eine angeborene krankheitsähnliche Erscheinung der sich auf diesem Gebiete Betätigenden sei, oder ob die Ursachen ausschließlich in grober materieller Not zu suchen wären.

Wie wenig angebracht eine moralische Ent-

rückung gegenüber denen ist, die sich verkaufen, ergibt sich aus den Feststellungen, daß prozentual der Kreis dieser sehr groß ist, die die Sorge um das uneheliche Kind auf die Straße treibt.

Eingehend sprach Dr. Wiener auch über die Arten der Prostitution, wobei er hervorhob, daß die Bordellierung den Mädchenhandel begünstigt.

Im Schlußteil behandelte der Vortragende die bis vor drei Jahren in Deutschland geltenden Reglementierungsgeetze. Damit war einesteils die Unzucht unter Strafe gestellt, andernteils ergab sich aber eine doppelte Moral dadurch, daß der Staat zugleich mit dem Kaiser auch Verträge schloß.

Das heute geltende Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist ein Stück auf dem Wege zum Versuch, ohne Sondergesetze auszukommen. Entgeltlich abgeleitete Beurteilungen seien durch die noch zu kurze Zeit der Wirksamkeit dieses Gesetzes nicht möglich.

Dem instruktiven Vortrag folgte eine kurze Fragenbeantwortung, in der auch darauf hingewiesen wurde, daß die Jugendfürsorgebehörden dazu übergegangen sind, Pflegekinder nicht mehr an Personen zu geben, die in den von der Prostitution bevorzugten Straßenzügen wohnen.

Auf freier Tat erkannt

Kampf gegen zwei Einbrecher in der Reuschstraße.

Heute morgen gegen 3 1/2 Uhr entdeckte ein Schließer der Wach- und Schließgesellschaft im Hause Reuschstraße 36 zwei Männer, die sofort über den Schließer herfielen, als sie bemerkten, daß er sie entdeckt hatte und ihnen nachkam.

Sturm auf § 218

Den kulturellen Organisationen der Breslauer Arbeiterschaft ist es gelungen, Rechtsanwalt Dr. APFEL-BERLIN

den Verteidiger des unlängst verhafteten Dr. Friedrich Wolf-Stuttgart und Adele Schreiber-Krieger

die bekannte Vorkämpferin für Frauenrechte zu einer

wichtigen Protest-Kundgebung

als Redner zu bekommen. Diese Versammlung, die ein großer Protest gegen die heute immer stärker vordringende Kulturreaktion werden muß, findet statt am

Montag, 16. März, 20 Uhr

Ihr könnt ganz ruhig die Polizei verständigen

Seit einiger Zeit erhielt eine Familie in Dörsdorf, Kreis Oels, anonyme Expressbriefe aus Breslau. Der Unbekannte verlangte nicht mehr und nicht weniger, als daß man ihm 100 Mark postlagernd nach Breslau schicke.

Da die Familie sich aber auch durch diese Drohung nicht einschüchtern ließ und die Briefe und Karten nunmehr wirklich der Polizei übergab, gelang es, den Räuber in der Person eines Maurers aus der Vorwerkstraße zu ermitteln.

Ein Sechzigjähriger

In alter Freundschaft denken wir heute an Theodor Müller, der nun 60 Jahre alt geworden ist. Er stammt aus Breslau und ist auf der Dörschstraße in die Schule gegangen. Dann lernte er Barbier und zog als Handwerksbursche in die Fremde.

Geflügeldiebstahl im Schrebergarten. In der vergangenen Nacht wurde ein verschlossener Stall auf dem Schrebergartengelände "Westend" erbrochen und daraus 16 weiße Hühner und ein Hahn gestohlen.

Mueller um 1909, das in Jugendarbeit Erprobte hinter sich lassend, sehr schönen Bildern, die die Fühlung mit Socklin oder Maurice Denis oder Gauguin hielten, ein Bild wie die "Blauen Äste" entgegenstellte, diese zarte Poesie, die im Jollmann Museum in Essen unter so viel erlebten Bildern dem Besucher auffällt, ein Bild, mit dem Otto Muellers Auffassung von Malerei, ganz die seine, sich entschied.

Aber damals war die eigene Welt so schon in ihm und aus ihm entstanden. Sie war doch nicht Verneinung. So fleißig berührt, so hart angefaßt sich die empfindsame Sensibilität Otto Muellers im Ringen um Leben und Kunst fühlte, so überlegen, so durchgehender und überwindend war sie zugleich und am davon etwas zu wissen, was man das "Selbstbildnis mit dem roten Hut" von 1926 ansehen. Es ist merkwürdig, wie sehr sich Muellers Altersbildnis, des Valters mit dem Schiffsjungen, dabei immer wieder einbürgert. Trotz des zerstückelten Jüngerrotts, trotz der Wetter, die an dieses Gesicht schlugen, ist etwas Sieghaftes in dem Selbstbildnis Otto Muellers, dem dann 1927 das "Selbstbildnis mit dem Hahn", der Jüngerrotts, wie man es nennen möchte, folgte. Kein, der Traum war nicht entfallen oder gar verworfen. Er durchdrang nun das Leben, die Wirklichkeit, die Dinge, durchdrang sie so, daß nur sein Bild, der Traumwille, übrig war. Dieser ist nun alles, Anspok, Bau,

Komposition der Bilder, Sinn der Konturen, der Farben, Gelegentlich aus eigener und oft sehr stolzer Selbstherrlichkeit.

So werden die Bilder Otto Muellers begreiflich in ihrer Objektivität, nicht als Lyrismen, sondern als Sätze, die sehr klar und sehr bestimmt ausragen durch ihre Form: ob diese die Fläche ist, die ausgebreitete Farbe, ihr Leuchten (trotz des gebundenen Kumpfen Mittels, der Leinwand, seiner Leinwand, die Otto Mueller anwendet), der atmende Raum und immer wieder die Sprache der Linie. Die reich trotz der Begrenzung des Themas ist der Ausdruck von Otto Muellers Kunst! Denn nicht alte und Landschaften sind es ja, die Otto Mueller malt, sondern keine Erkenntnis, Erlebnisse der Form, in die die Sichtbarkeit einschmilzt und nun bestehen bleibt in der männlichen Verzauerung, die ihr der Künstler, als ihr Schöpfer, gibt.

Gewiß wird jeder den Zugang zu den Bildern Otto Muellers anders finden. Aber die Melodie, die ihnen entströmt, führt doch zum Ganzen, zur Persönlichkeit, sie ist eine einzige und doch vielfältige zugleich, sie hat viel von Bergung und wahrer Ermutigung, ihr Glück ist schmerzhaft und darum ohne Halbheit und ohne Falch. Otto Muellers Bilder sind unseren Augen geblendet, er ist Maler, es ist nicht überflüssig dies zu sagen, denn manchmal wurde es vergehen. Sein malerisches Werk steht am uns als eine gestaltete Lebenswirklichkeit, die nicht vergleichbar, nur im Schauen erlebbar ist. Auch keine Graphik ist malerisch: das Bild nur, die farbige (aber gefärbte) Lithographie, das Aquarell, die farbige Zeichnung begleitet die Gemälde.

Ob Otto Mueller ein schließlicher Künstler? Ob der fremd in Schließen Behozene der Scholle verzwirbelt, wo ist keine Welt? Keiner die Bergstrahlen seiner Heimat wanderte es sich nicht immer gut in lockendem Land der Ferne und doch spannte der Grenzwall sein Geist nicht zu düstern, den Schweifenden auf beschriebenen Grunde zu halten. Kunstschöller des im Geiste Getriebenen, erschöpfte, doch nicht sich beugende, das ist im Grunde alle Bilder, die Otto Mueller geschaffen hat, Sehnsucht in Erwartung und harter Stille. Bernhard Stephan.

Briefe an die Volkswacht

Ueber Schwemmungen im Ostpark

Wann wird hier Abhilfe geschaffen

Als Pächter eines Schrebergartens lachle ich dieser Tage meinen Garten auf, um in der Laube einige Arbeiten zu verrichten. Um 5 Uhr wollte ich den Garten verlassen, um nach Hause zu gehen; ich kam jedoch nicht mehr zurück, da ich ringsum vom Wasser eingeschlossen war. Meine Nachbargärten waren noch frei von Wasser, und so beschloß ich, durch die Gärten nach Ströhm und über Morgenau nach Hause zu gehen. Aber auch hier nichts als Wasser. Ich habe dann noch verschiedenes versucht, um hier wieder einigermaßen trocken herauszukommen, aber vergebens. Da es inzwischen schon dunkel geworden war, so blieb mir kein anderer Ausweg, als durch das eiskalte Wasser zu waten. Nun frage ich den Magistrat an, was er zu tun gedenkt, um diesem Uebelstande schnellstens zu begegnen, da diese Ueberchwemmung nun schon die dritte seit Ostern ist. Sämtliche Pflanzen und Obstbäume sind natürl. hier futsch. R. A.

Straßenbahnfahrpreise für Erwerbslose

Kann nicht auch in den verkehrsreichen Tagesstunden In der Nummer 41 vom 18. Februar der „Volkswacht“ wird unter der Ueberschrift: „Um den Straßenbahnfahrpreis der Erwerbslosen“ die Annahme des Antrages der Sozialdemokratischen Fraktion im Hausbauauschuß berichtet. Dieser Artikel regt mich an, dazu einige Bemerkungen zu veröffentlichen. Schon die Annahme des Antrages mit der Einschränkung — nur in den verkehrsarmen Tagesstunden — ist ein sehr defizitärer Begriff. Ganz abgesehen davon, daß das Erreichte schon eine gewisse Erleichterung für viele Volksgenossen ist, muß man doch in Betracht ziehen, daß der größte Teil der Erwerbslosen, die in den Außenbezirken wohnen, und für die hauptsächlich diese Erleichterung gedacht ist, in der Zeit von 7.30 bis 10 Uhr zur Stempelkontrolle erscheinen muß. Also gerade in der Hauptverkehrszeit für Arbeits- und Bürobesitzer. Bemerkenswert ist gleich, daß ich selbst erst in den Mittagsstunden zur Stempelkontrolle gehen brauche, ich also nicht aus egoistischen Motiven diesen Artikel schreibe, sondern im Interesse der Allgemeinheit. Denn selbst in den — verkehrsreichen — Tagesstunden, wie sich die Straßenbahnverwaltung so gern ausdrückt, kann ein objektiver Beobachter leicht feststellen, daß die Straßenbahnwagen zum großen Teil schwach besetzt sind. Von einer Ueberfüllung kann also unmöglich die Rede sein. Dann müßte auch in den Berichten der Verwaltung nicht von einem Rückgang der Einnahmen, sondern von einer Erhöhung zu lesen sein. Das kann doch der einfachste und weniger gebildete Mensch sich selbst ausrechnen. Also zu jeder Tageszeit bis abends 6 Uhr müßte diese Erleichterung gelten. Wenn ein Stadtrat von Schwierigkeiten in der Kontrolle spricht, so ist das meines Erachtens zu verwundern, denn bekannt ist dem Herrn nicht bekannt, daß der Erwerbslose eine Stempelkarte als Ausweis besitzt. Die Straßenbahnverwaltung sollte nur mehr den künftigen Grundbesitzer beachten, der da heißt: Großer Umzug, großer Nutzen; kleiner Umzug, kleiner Nutzen. A. D. Architekt.

Freiung von Standortgebühren

Kann nur die ausgeheirateten Erwerbslosen? Seit Bekanntmachung kann nun jeder ausgeheiratete Erwerbslose, der Wohnortunterstützung bezieht, von der Zahlung der Standortgebühren von 2 Mark monatlich befreit werden, wenn er einen diesbezüglichen Antrag an das zuständige Wohnamt richtet. Warum aber nur der ausgeheiratete Erwerbslose und nicht auch der Arbeitsunfähige? Ich bin überzeugt, erhalte mit Wohnortunterstützung und Invalidenrente 50 Mark monatlich, kann aber von der Zahlung der Standortgebühren nicht befreit werden. Wie ist es möglich, daß

Siebzehnjähriger verlegt sich an einem Sünde

und wurde sofort festgenommen.

In einem Grundriß in der Kuchendörferstraße verlegte sich ein 17jähriger Kaufmannslehrling aus der Gertrudstraße an einem 6jährigen Mädchen, das er ins Haus gelockt hatte und es dort unzüchlich mißhandelte und dabei auch verlegte. Auf das Geschrei des Kindes eilten Straßenpolizisten und Hausbesitzer herbei, so daß der junge Dämon nicht mehr entkommen konnte und erst eine gehörige Tracht Prügel in Empfang nehmen mußte, ehe er der herbeigeholten Polizei übergeben wurde.

Kampfsport im Jahres-Buch

Im Dienstag konnte man im Jahres-Buch den Fortschritt des „Internationalen Ringkampfverbandes“, geführt von Heber, begrüßen, der sich in einer Ansprache mit den Jüngern und Jüngern des Verbandes und mit dem Reichsausschuß von den „Gedanken zum Jahres-Buch“ im besonderen verkehrte und die Teilnahmeverhältnisse an dem Kampfsport erläuterte. Der mit Spannung erwartete Kampfsportbericht brachte dem Lesenden einen Überblick über den Verlauf der Kämpfe, die mit einem Siege am Ende endeten, der nach einer Stunde 13 Minuten durch Ueberlegen erlangt war. Die Art und Weise aber, wie beide Kämpfer sich verhielten, war dem Lesenden ein Beweis für die Kraft der Kampfsportler, die durch ihren Sieg über den bisher unbesiegbaren Kampf die ganze Welt dem Kampfsport der Weltbewohner näher bringen konnten. Der Belgier Stevens und der Deutsche Heinz Wagner sind einer nicht gerade liebenswürdigen Kampf, der aber nach 25 Minuten nach keine Entscheidung brachte. Im nächsten Kampfsportbericht unterlag der Belgier Dierckx nach 20 Minuten dem Kampfsportler, der er dann zum dritten Male die Größe des Kampfsportlers zeigte und dann als Sieger erklärt werden konnte.

Im Jahres-Buch im Jahres-Buch hat folgende Kampfsportberichte: Der Belgier Stevens und der Deutsche Heinz Wagner sind einer nicht gerade liebenswürdigen Kampf, der aber nach 25 Minuten nach keine Entscheidung brachte. Im nächsten Kampfsportbericht unterlag der Belgier Dierckx nach 20 Minuten dem Kampfsportler, der er dann zum dritten Male die Größe des Kampfsportlers zeigte und dann als Sieger erklärt werden konnte.

Frühjahrsmoderaten bei Volkswacht

Der Frühling ist da! Aber erst nach der ersten Schneeschmelze, die keine frühen Frühjahrsmoderaten bringen kann, die bei den hiesigen großen Frühjahrsmoderaten in der ersten Zeit einen etwas ungewöhnlichen Charakter annehmen.

Ein Zeichen dafür, daß die Frühjahrsmoderaten, die den ersten Schneeschmelze, die keine frühen Frühjahrsmoderaten bringen kann, die bei den hiesigen großen Frühjahrsmoderaten in der ersten Zeit einen etwas ungewöhnlichen Charakter annehmen.

man gerade bei den wirtschaftlich wie gesundheitlich am schlechtesten gestellten Invalidenrentnern diese 2 Mark herausklopfen? Gerade der Invalidenrentner, der durch Krankheit zum großen Teil ans Bett gefesselt ist, hat wohl eine Unterhaltung und Anregung am nötigsten von allen. Es erweckt den Anschein, als wären die Rentenbezieher für die maßgebenden Stellen überhaupt nicht mehr vorhanden. Hoffentlich wird diese Verfügung auch auf die verlassenen Invalidenrentner ausgedehnt. U. Sch.

Was geht in den Hirschberg-Theatern vor?

Eine Antwort auf eine hier gebrachte Beschwerde

In der „Volkswacht“ vom 20. Februar 1931 war unter der Ueberschrift „Nationalsozialistische Volkserziehung in den Hirschberg-Theatern“ ein Artikel veröffentlicht, der sich eingehend mit unseren Programmen beschäftigte und uns den Vorwurf parteipolitischer Propaganda machte. Wir möchten hierzu ausdrücklich erklären, daß uns nichts ferner liegt, als politische Tendenz irgendwelcher Art in unseren Theatern zu propagieren; und wenn wir wirklich einmal, durch Vertragsabbruch gebunden, hier und da einen sogenannten nationalen Film bringen, so ist das — unserer bescheidenen Meinung nach — ebensoviele ansehnliche wie die Tatsache, daß wir — und zwar in weitaus größerer Anzahl — Filme mit linker Tendenz bringen. Es scheint nämlich dem Herrn Einsender entgegen zu sein, daß wir es gewesen sind, die die meisten großen Nationalfilme gebracht haben (ebenso „Verdun“ und „Westfront 1918“), wobei übrigens zu bemerken ist, daß wir bei der Ausführung der meisten Nationalfilme bei weitem nicht auf unsere Kosten gekommen sind, und daß die Finanzierung fast jedes linken Filmes für uns ein großes finanzielles Risiko bedeutet; und wir sind gern bereit, dem Herrn Einsender die Zahlen hierüber vorzulegen. Uns unter solchen Umständen zu verweigern, daß wir „das Verbrechen eines fünfjährigen Krieges geistig vorzubereiten“ und „die nationalsozialistischen Instanzen der Kinobesucher vorzuführen“, ist ein Unterfangen, das wir zurückweisen müssen. Wer unsere Theater und unsere Vorstellungen regelmäßig besucht, weiß, daß wir uns mit dem Programm die größte Mühe geben und daß wir, oft unter großen finanziellen Kosten, uns stets bemühen haben und stets bemühen werden, unseren Besuchern nur beste, einwandfreie Programme zu bieten. Gebr. Hirschberg.

Immer wieder die Wohnungsnot

Einer von vielen Rufes nach Hilfe

Ich bin seit dem 29. März 1921 als Wohnungsuchender eingetragene und bewohne als Kriegsbeschädigter eine Kellerwohnung, die nur aus einem kleinen zweifelhafte Zimmer nebst Küche, Bad und Klosett besteht. Diese kleine Wohnung wird von meiner Familie, die aus vier erwachsenen Personen besteht, bewohnt und hat weder Gas noch elektrisches Licht. Außer dem auf wiederholte Gesuche hat sowohl das Wohnungsamt als auch der Herr Regierungspräsident und der Herr Oberbürgermeister meine dringende anderweitige Unterbringung anerkannt. Es ist bis jetzt in der Angelegenheit jedoch noch nichts verwirklicht worden, trotzdem ich wiederholt freigegebene und leerstehende Wohnungen gemeldet habe. Diese Wohnungen wurden meistens an weniger Hilfsbedürftige vermittelt und so erhielt z. B. ein kinderloses Ehepaar eine Zweizimmerwohnung und eine andere Wohnung wurde nach erfolgter Zusammenlegung zur Scheidungsunterstützung umgewandelt. Da alle meine Gesuche fehlerlos sind, so werde ich mich nunmehr darauf an die Öffentlichkeit und gerade, daß die Behörden nun endlich einmal dazu übergehen werden, einen Kriegsbeschädigten bei der Vergabe einer Wohnung zu berücksichtigen. G.

Arbeiterkino :: margaretenstraße nummer 17 heute und morgen freitag, 5 u. 8 uhr jugend verboten!

HALLO!
irrwegen der leidenschaft
nach dem roman „der leibner herr“ von tolstoi
dramatisiert von schwersenz, wozniak u. hauchredner
das schiff der verlorenen menschen
mit tritz kostner, marlene dietrich
eintrittspreise: erwachsene ab 50 str 25 pf.
besucherinnens-mitglieder 50 pf., alle anderen 70 pf.

der Hof nach in Italien. Keine preiswerte Ausführungen auch für geringe Beträge und Geldbesitzer. Nachmittagslieder mit Solos, gemischten Quartetten, wieder mit Italien und Jüdischen. Alles zur Bewegung. Als Komplex: Heber, Heber, Heber mit Gesangsgruppen, Solos, Klavier und Bläser. Straßenspiele für Sonntag- und Tagesbesucher in großer Zahl. Musik und Gesang mit großem Erfolg. Die Besetzung ist außerordentlich. Einmal in allen Variationen. Komplettes Orchester. Einmal in allen Variationen. Komplettes Orchester. Einmal in allen Variationen. Komplettes Orchester.

Die dem Willensstärker an Verstand, deren letzte Schritte an unerschütterlicher Haltung und starker Kraft zu verfolgen ist, gleich wie sich nicht an diesen Kampf, zu kämpfen und Tragen von all den Sorgen und Nöten. Willensstärker an Verstand, deren letzte Schritte an unerschütterlicher Haltung und starker Kraft zu verfolgen ist, gleich wie sich nicht an diesen Kampf, zu kämpfen und Tragen von all den Sorgen und Nöten.

Der Kampf ist da! Aber erst nach der ersten Schneeschmelze, die keine frühen Frühjahrsmoderaten bringen kann, die bei den hiesigen großen Frühjahrsmoderaten in der ersten Zeit einen etwas ungewöhnlichen Charakter annehmen. Ein Zeichen dafür, daß die Frühjahrsmoderaten, die den ersten Schneeschmelze, die keine frühen Frühjahrsmoderaten bringen kann, die bei den hiesigen großen Frühjahrsmoderaten in der ersten Zeit einen etwas ungewöhnlichen Charakter annehmen.

Sozialdemokratische Partei
Partei-Zentralrat
Gewerkschaftsraum Zimmer 102-170
Letzten Nummern 9000 - 9000
Öffnen über Sonnabend von 9-1 und 6-7 Uhr

Abteilung Orlauer Tor (Distrikte 20, 27, 28, 29 und 43). Freitag, den 12. März, 20 Uhr, im Saal der Konfessionen Gemeinde, Grünstraße, Abteilungsversammlung mit wichtiger Tagesordnung.
Abteilung Sandtor und Oberer. Sämtliche Nebenstellen sind bei der Distriktsleiterin abzugeben.
Distrikt 46. Sonnabend, den 14. März, 20 Uhr, bei Salubrität, Marienstraße, Distriktsversammlung. Redner: Lehrer Schirbman. Eltern (Schulkindern) Kinder sind besonders eingeladen.
Distrikt 47. Freitag, den 13. März, Frauenversammlung bei Engländer, Schindelfeld. Referent: Genosse Schiffer. Gäste willkommen.
Distrikt 48. Donnerstag, den 12. März, öffentliche Versammlung bei Walter, Schwarzer Adler, Poststraße 11. Thema: 8. März.
Distrikt 51. Freitag, den 13. März, Distriktsversammlung im „Garten Eden“, Sundeck. Redner: Genosse Kottwitz.

Jungsozialisten
Gruppe Schilling, Sandtor und Oberer (Nebenschule am Schindelfeld). Freitag, den 12. März, 20 Uhr, eine Arbeitsgemeinschaft über „Reinheitsbewegung und Nationalismus“.
Gruppe Stralauer Tor-Stralauer (Schulstraße 1). Heute Freitag, den 12. März, eine Arbeitsgemeinschaft über „Kultur und Klassenkampf“.
Gäste in den Gruppen willkommen.
Zentrale. Sonntag, 14. März, Aufbruch zum Osterfest. Thema: „Der Militarismus in der Karikatur“. Filmstreifen, Referat, Rezitationen und Gesänge. Um 21.30 Uhr Beginn der Mitgliederversammlung, in der die Delegierten für die Reichskonferenz gewählt werden.

Sozialistischer Kampfklub
Am 20. Donnerstag 20 Uhr wichtige Mitgliederversammlung im „Garten Eden“, Sundeck. Einmal um gegen „Klassenkampf“.
Die Karten für unser Stützungsfest sind Donnerstag beim Kampfklub abzugeben.
Abteilungen Nord und West. Freitag 20 Uhr Karten in der Unterstadt.
Kampfkreis. Freitag 20 Uhr Karten mit Instrumenten in der Unterstadt.
Sozialistische Arbeiterjugend
Spielmannschaft. Heute abend Karten in „Garten Eden“.
Freitag 20. Donnerstag 20 Uhr wichtige Mitgliederversammlung. Thema: Die Werbung. Karte 2. Heute Karten zur Mitgliederwahl bei Genossen Beckert holen.
Karte 2. Heute Mitgliederwahl. Mitgliederwahl mit Karte kein Einlass.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Donnerstag, den 12. März, 20 Uhr, im Saal der Konfessionen Gemeinde, Grünstraße, Abteilungsversammlung mit wichtiger Tagesordnung.
Abteilung Sandtor und Oberer. Sämtliche Nebenstellen sind bei der Distriktsleiterin abzugeben.
Distrikt 46. Sonnabend, den 14. März, 20 Uhr, bei Salubrität, Marienstraße, Distriktsversammlung. Redner: Lehrer Schirbman. Eltern (Schulkindern) Kinder sind besonders eingeladen.
Distrikt 47. Freitag, den 13. März, Frauenversammlung bei Engländer, Schindelfeld. Referent: Genosse Schiffer. Gäste willkommen.
Distrikt 48. Donnerstag, den 12. März, öffentliche Versammlung bei Walter, Schwarzer Adler, Poststraße 11. Thema: 8. März.
Distrikt 51. Freitag, den 13. März, Distriktsversammlung im „Garten Eden“, Sundeck. Redner: Genosse Kottwitz.

Abteilungs-Mitglieder-Versammlungen
Donnerstag, den 12. März, 20 Uhr:
Referent: im Rhythmus, Lange Straße 62. Referent: Genosse Marx.
Säben bei Fiedler, Bohrerer Straße. Referent: Genosse Felsen.
Die Funktionäre erscheinen bereits am 19. März. Mitglieder sind von sämtlichen Parteimitgliedern als Ausweis anzubringen.
Freitag, den 13. März, 20 Uhr:
Säben bei Bauer, Gabelstraße 22. Referent: Genosse Kniff.
Orlauer Tor in der Konfessionen Gemeinde, Grünstraße. Referent: Genosse Kniff.
Größten-Kleinburg in Volkshaus-Gasse, Rhythmusstraße. Referent: H. E. Prokownik.
Die Funktionäre treffen sich zu einer Besprechung im Saal der Konfessionen Gemeinde.
Thema: Stellungnahme zum Bezirksparteitag Wahl der Delegierten

Remerke - Theater - Dramen
Die 18. Monatsversammlung findet am Sonntag, den 15. März, unter der Ueberschrift „Festliche Feier“ statt. Leitung: Herr (Staatsrat) Kottwitz als Gast. Der Konzertsaal ist besetzt.
Besondere Festspiele. Die zweite Aufstellung der Festspiele in der Konfessionen Gemeinde, Grünstraße, findet am Sonntag, den 15. März, statt. Die Karten sind am Freitag, den 12. März, im Saal der Konfessionen Gemeinde, Grünstraße, zu haben. Die Karten sind am Freitag, den 12. März, im Saal der Konfessionen Gemeinde, Grünstraße, zu haben.

Remerke - Theater - Dramen
Die 18. Monatsversammlung findet am Sonntag, den 15. März, unter der Ueberschrift „Festliche Feier“ statt. Leitung: Herr (Staatsrat) Kottwitz als Gast. Der Konzertsaal ist besetzt.
Besondere Festspiele. Die zweite Aufstellung der Festspiele in der Konfessionen Gemeinde, Grünstraße, findet am Sonntag, den 15. März, statt. Die Karten sind am Freitag, den 12. März, im Saal der Konfessionen Gemeinde, Grünstraße, zu haben. Die Karten sind am Freitag, den 12. März, im Saal der Konfessionen Gemeinde, Grünstraße, zu haben.

Remerke - Theater - Dramen
Die 18. Monatsversammlung findet am Sonntag, den 15. März, unter der Ueberschrift „Festliche Feier“ statt. Leitung: Herr (Staatsrat) Kottwitz als Gast. Der Konzertsaal ist besetzt.
Besondere Festspiele. Die zweite Aufstellung der Festspiele in der Konfessionen Gemeinde, Grünstraße, findet am Sonntag, den 15. März, statt. Die Karten sind am Freitag, den 12. März, im Saal der Konfessionen Gemeinde, Grünstraße, zu haben. Die Karten sind am Freitag, den 12. März, im Saal der Konfessionen Gemeinde, Grünstraße, zu haben.

Remerke - Theater - Dramen
Die 18. Monatsversammlung findet am Sonntag, den 15. März, unter der Ueberschrift „Festliche Feier“ statt. Leitung: Herr (Staatsrat) Kottwitz als Gast. Der Konzertsaal ist besetzt.
Besondere Festspiele. Die zweite Aufstellung der Festspiele in der Konfessionen Gemeinde, Grünstraße, findet am Sonntag, den 15. März, statt. Die Karten sind am Freitag, den 12. März, im Saal der Konfessionen Gemeinde, Grünstraße, zu haben. Die Karten sind am Freitag, den 12. März, im Saal der Konfessionen Gemeinde, Grünstraße, zu haben.

„Nicht die Billigkeit allein, sondern „Herzberg's“ Qualitäten entscheiden“

Herzberg & Co.
Ostdeutschlands
größte Likörfabrik
gibt die eigenen Fabrikate
in Breslau in 7 Filialen ab:
Höfchenstraße 48 | Bücherplatz 17/18
Louthenstraße 10 | Michaelstraße 3
Klosterstraße 64 | Selenkestraße 17
Frankfurter Str. 103, gegenüber dem Schlachthof

Vom Faß, per Liter
Brosiauer 32% 2.65
Rahm-Crème 2.90
Rumverschn 38% 3.60
Weißbrandverschn 3.45
Weißbrand, echt 4.40
95% Spiritus 7.00

Liköre vom Faß | Liköre in Flaschen
per Liter | per Flasche
30% 3.70 35% 4.40 30% 3.10 35% 3.60
Stousserter, Marorange, Ingwer, Curacao, Alpenkräuter, Prünelle, Heike, Pommeranza, Cherry-Brandy, Goldwasser, Karfürsten, Kirsch mit Rum und Bergamotte-Aroma-Likör, Rosen, Halb u. Halb
Kümmel, Pfeffermünz, Anis 30% per Ltr 3.49

Spezialitäten
Annaberger 2.20
Eis-Crème 4.00 3.29
Madoc-Cardial 5.00
Abtei 5.00
Einkümmel 5.00
Herzberg
Booncamp 5.00
Herzberg Lehnstr. 5.00
Klimbiersaft 1.20

Deutscher Weinbrand
Marke Urkraft
aus französ. Weinen
Deutscher
Weinbrand *** 3.50
Weinbrand **** 4.00
Weinbrand ***** 5.00
Verschnitt 3.20-2.80

Wir unterhalten keine Destillen mit Sitzgelegenheit, sondern nur reine Verkaufsstellen.

Aus der Umgebung

Leipe-Petersdorf. Aus der Partei. Am Sonnabend fand die Monatsversammlung der hiesigen Ortsgruppe der SPD. statt, zu der als Redner der Genosse Münchenberger aus Schötkwitz erschienen war und einen Vortrag über „Kommunalpolitik in den kleinen Gemeinden“ hielt. Genosse Münchenberger erzielte reichen Beifall für seine Ausführungen, die Genosse Bogt in der Diskussion unterstützte. Der Vortrag zeigte auf, wie vor dem Kriege die Steuererhöhung nur sich ging und es kam, daß mancher Arbeiter mehr Steuern bezahlte als Besizer und Beamte. Genosse Bogt erklärte auch, wie schwer es ist, im Gemeindeparlament und im Bürgerunterstützung zu verhandeln. Besonders die ausgesteuerten jungen Leute sollen nach Meinung der Bürgerlichen den Prügeln abgeben, ihr Ränzeln schürzen und in die Fremde ziehen. Bei Besprechung der Ortsgruppen-Angelegenheiten konnte der Vorsitzende berichten, daß der Kassierer, Genosse Riedel, elf neue Mitglieder für die Partei gewonnen hat.

Kattwitz. Öffentliche Versammlung. Die Ortsgruppe Kattwitz der SPD. veranstaltete in der vorigen Woche eine öffentliche Versammlung gegen den überhandnehmenden Terror des Faschismus, der sich in unserer Gegend breit macht. Genosse Hannack aus Breslau hielt in 15minütigem Vortrag den Worten, mit dem sich so mancher Hitler-Wohlfahrer schmückt. Ein Diskussions-Rasi war nicht erschienen, dafür trafen aber angeblich auch gegen den Faschismus kämpfende Kommunisten auf den Plan, um mit einer Schreie gegen die Sozialdemokratie ihren „antifaschistischen Kampf“ vorzuführen. Die Genossen Schiffer und Hannack nahmen den Vorschlag dieser „Antifaschisten“ grüßlich unter die Lupe, was dem Anhang des SPD-Kadners Kaiser sehr unangenehm war, weshalb er kindliche Einmütigkeit in und vor dem Saal unternahm. Das Reichsbanner aus Kattwitz stellte unaufgefordert den Saal zur Verfügung, wofür ihm Dank gesagt wurde.

Kattwitz. Gemeindevorsteherwahl. In der letzten Sitzung gab der Gemeindevorsteher einen Bericht über die Ansuchen, die sich mit der Festlegung der Vermögenssteuer zu befassen hatten. Die festgelegten Sätze entsprechen den Richtlinien der Reichssteuer. Bei Verabfolgung von Eintrittskarten werden pro Person 5 Pf. erhoben. Bei der Beratung über die Hundesteuer wurden die bisherigen Sätze beschlossen, wonach für den ersten Hund 20 Mark, den zweiten 32 Mark und den dritten 40 Mark entrichtet werden müssen. Dem Antrage, eine Bürgerliste von 4000 Mark zu übernehmen, wurde mit Mehrheit abgelehnt. Der Antrag über die Zuschüttung des Grabens am Fährschiffgrundstück, der im Sommer einen pestilenzartigen Befall entwickelt, wurde zurückgestellt. Der Volkereibesitzer soll der zuständigen Behörde aufgefordert werden, für die Volkereibewässerung eine Kläranlage zu schaffen, damit nur hares Wasser in den Graben geleitet wird. Ueber die Bergung der Straßeneinrichtung wurde dem Vorschlag des Kreises zugestimmt, der diese Arbeit übernehmen will. Die Gemeindevorstellung bewilligte damit also daran, daß Arbeitslose oder Wohlfahrtsabhängiger diese Arbeit gewissenhaft ausführen würden. Allerdings eine eigenartige Auffassung.

Lasowitz-Webern. Nicht 30, sondern 60 Aufnahmen. Zu der am Dienstag mitgeteilten Rundgebung des Reichsbanners ist zu berichten, daß nicht 30, sondern 60 Aufnahmen, und einige Tage vorher schon 40 Aufnahmen stattfanden. Es konnte hier also eine Ortsgruppe des Reichsbanners mit mehr als 100 Mitgliedern gegründet werden. Bravo!

Birßen. Papa Genieser gestorben. Wir erhalten von der Nachricht, daß der unter dem Namen Papa Genieser bekannte Vorläufer der SPD im Alter von 70 Jahren gestorben ist. Papa Genieser war Ortsbesitzer in

Birßen und war in der ganzen Umgegend als ein überzeugter Sozialdemokrat gut bekannt. Auch die schwierigsten politischen Ereignisse, vor allem aber die große wirtschaftliche Not, die ja gerade die kleinen Bauern sehr hart trifft, konnten ihn in seiner Überzeugung niemals kühlig machen. Noch ehe er nach dem Kreise Neumarkt kam, wurde er von politischen Gegnern stets hart verfolgt. Er ließ sich jedoch niemals beirren. Trotz seines Alters bekleidete er noch eine Anzahl Ehrenämter für die Sozialdemokratische Partei, war Schöffe in der Gemeindevertretung, stellvertretender Amtsvorsteher und außerdem noch Mitglied des Schulvorstandes Birßen-Struja. Wir werden unsern alten treuen Freund, der bei keiner Konferenz im Kreise Neumarkt gefehlt hat, nicht vergessen.

Schönborn. Aus der Gemeindevorstellung Kleinbauern verteidigen den Großgrundbesitz. Der ehemalige Sozialdemokrat Reimann, jetzt eine besondere Blüte der Nazi, jetzt sich für eine Steuererhöhung der Großgrundbesitzer besonders ein. Ihr 24 Wohlfahrtsempfänger, Witwen und Rentenempfänger, der Wunderdoktor Reimann hat das Problem gelöst, wie auch in Zukunft geholfen werden soll, gibt dem Herrn zur Mitteilung, daß er für ein nötiges Kleingeld bereit hält, wenn einer Stundung stattgegeben werden sollte. Die Bewilligung eines Darlehens für die Kanalisation in der Siedlung wurde genehmigt.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-174
Telephon 5908, 5901
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-11 u. 16-18 Uhr
Zinbel, Donnerstag, den 12. März, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Scheike. Redner: F. Löbe.
Wagnern, Donnerstag, den 12. März, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Roje.
Brodan, Freitag, den 13. März, 20 Uhr, bei Kende: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Pöhlings-Breslau.

Koberwitz. Sonntag, den 15. März, vormittags 9 Uhr, findet in Koberwitz im Lokal Stehr eine Teilkommunalkonferenz statt. Amts- und Gemeindevorsteher Kleinert hält das Referat. Alle Gemeindevorsteher, -vorsteher und an Kommunalpolitik interessierte Genossen müssen daran teilnehmen. Mitgliedsbücher müssen am Saaleingang zur Kontrolle vorgezeigt werden.

Olshäts. Am Sonntag, dem 15. März, vormittags 9 Uhr, halten wir im Lokal Köhlig eine Teilkommunalkonferenz ab. Als Redner erscheint Amts- und Gemeindevorsteher Münchenberger. Gemeindevorsteher, auch aus der Umgegend, sowie alle an Kommunalpolitik interessierten Genossen, ersehen recht zahlreich und pünktlich.

Schötkwitz. Sonnabend, den 14. März, 20 Uhr, bei Fagold: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Lehner-Fanlhäber.

Kattwitz. Sonnabend, den 14. März, 20 Uhr, bei Seidel: Mitgliederversammlung. Redner ist anwesend.

Öffentliche Versammlungen finden in folgenden Orten statt:

Sonnabend, den 11. März:
Opperan: 20 Uhr, bei Riwitzki. Redner: Genosse Schiffer.
Knieguth, Kreis Breslau: 20 Uhr, bei Berndt. Redner: Genosse Hannack.
Obers: 20 Uhr, bei Brunte. Redner: Genosse Fritsch.
Dörrentsch: 20 Uhr, bei Müller. Redner: Genosse Sieffen.
Pellishäts: 20 Uhr, bei Sonnabend. Redner: Gen. Hlegander.
Sonntag, den 15. März:
Kronschne: 15 Uhr, bei Schürmeyer. Redner: Genosse Kleinert (K.d.L.).

Genosse Scholz legt nochmals Protest gegen die 50prozentige Beteiligung der Siedler an der Kanalisation ein und stellte die Frage an die Bürgerlichen, ob die vor Jahren im Orte durchgeführte Kanalisation zu denselben Bedingungen ausgeführt wurde als wie jetzt, daß ein jeder Anlieger 50 Prozent dazu beitragen mußte. Zum Punkt Straßenbeleuchtung in der Siedlung ist die Lichtgenossenschaft endlich aus dem Winter schlaf erwacht und hat den vor drei Monaten schriftlichen Antrag des Gemeindevorstehers zögernd bewilligt, auch hier werden die Siedler mit 100 Mark zugezogen, wo noch gefordert wurde, daß der Betrag vor Stellungnahme zum Antrage im Besitz der Genossenschaft sein muß. Die Herren Distiktoren der Lichtgenossenschaft mühten sich aber von unsern Genossen eines andern belehren lassen. Auch hier tut es not, daß Vertretern der Arbeiterkraft ein Platz in der Genossenschaft eingeräumt wird, und daß auch hier der ungleichmächtigen Interessenvertretung der Verbraucher ein Ende bereitet wird.

Kattwitz. Versammlung. Am Sonntag fand im „Schwarzen Adler“ eine Werbe-Versammlung des Volksbundes für Mutterhaus und Gesundheitspflege statt. Es stellte sich heraus, daß die hiesige Geistlichkeit gleich dagegen Sturm gelaufen ist. Als Referentin war Frau Krause aus Freiberg erschienen, die einen lehrreichen Vortrag über Zweck und Ziele des Bundes hielt. Es wurde auch anschließend eine Ortsgruppe gegründet, die bereits eine stattliche Anzahl Mitglieder aufweist. Auskunft erteilt der Vorsitzende Georg Schuberl, hierelbst.

Kattwitz. Gegen die Nazi fand hier eine gut besuchte Versammlung statt. Von Breslau war eine Abteilung Reichsbanner erschienen, die vor Beginn einen Werbezug durch die Stadt machte. Die hiesigen Spieler waren sehr erkrankt. Genosse Grunakow verband es sehr gut, den Anwesenden das nationalsozialistische Programm in der Praxis vorzuführen. Reichler Beifall lohnte seine Ausführungen. Es war niemand anwesend, der sich zum Wort meldete. Anschließend hielt Genosse Reher einen Vortrag über Zweck und Ziele des Reichsbanners. Auch dieser erzielte reichen Beifall, und es wurde zur Neugründung einer Ortsgruppe geschritten, welche einen guten Erfolg hatte.

Reichsbanner-Siddentische Klassenlotterie. Wie uns die Lotteriebanc K. Rndt, Rathaus Janzengienplatz 1, mitteilt, wurden folgende Gewinne gezogen:

27. Sichtungstag 11. März 1931
In der heutigen Sortimentsziehung wurden Gewinne über 400 R. gezogen
- 4 Gewinne je 5000 R. 190890 230836
12 Gewinne je 3000 R. 45125 155496 243484 298296 358249 380315
62 Gewinne je 2000 R. 2774 10596 35249 48561 100933 101199
110248 117051 155768 162883 171726 182738 134430 189460 207610
213361 222318 224786 232097 242354 253324 270023 270348 281500
282803 300060 307120 308719 313648 315474 319440
132 Gewinne je 1000 R. 3066 5892 19276 41385 47283 49892 55490
58418 61793 78921 79688 81063 87257 112287 112382 118242 131333
132900 142252 143306 147761 158276 158468 173590 177389 178585
180004 182957 185402 186738 192292 192367 194816 234370 234977
239044 239882 247872 251788 255223 274481 280170 283088 287684
298592 303501 314006 314722 330982 334944 335642 340502 342678
343453 343978 351309 353991 358157 359874 387481 397805
- In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 R. gezogen
- 2 Gewinne je 2500 R. 326830
2 Gewinne je 1000 R. 94063
4 Gewinne je 500 R. 152482 278992
16 Gewinne je 300 R. 36481 127886 140623 222118 310363 317933
346876 373126
- 62 Gewinne je 2000 R. 7955 16718 43130 53358 72620 74556
83687 84976 104954 105198 127230 174461 208621 209631 221423
226702 237282 242712 243228 255845 264340 276787 289343 292440
312785 316130 348704 358151 362862 366476 368763
- 86 Gewinne je 1000 R. 1753 11269 14122 31198 50329 55044
55685 58122 68540 68463 68287 80788 92008 106221 115649 117757
132252 164889 174349 179256 180886 185542 186076 208339 212306
222826 230866 267897 268297 282208 283192 303241 311770 312068
320896 347020 347711 353655 363265 365768 368270 364226 398823

„Wen bevorzugen unsere Freunde und Frauen“

W. Kelling
schont alle Wäsche,
der Versuch bestätigt es

EBI
Vollkornbrot

W. Freitel, Lange Gasse 62
Kipke-Ausschank
Jeden Freitag und Sonntag
Die beliebten Rundtänze
Gut gepflegte Den Vereinen
Kipke-Biere sieht der Saal u. die Vereinszimmer günstig zur Verfügung

Die Kreis-Spar- u. Girokasse des Landkreises Breslau
Weidenstraße 15
Spareinlagen
in jeder Höhe zu
günstigen Bedingungen
ausgegen

Als Zücker Igaren - Qualitätsbrot
das Können beweist ihn -
Zücker mischt

Bürgergarten
Taubenstraße 10/11 Weidenstraße 21
Inh. Friedrich Paehs
Größtes Speise-Restaurant
Ausschank von Haase-Bieren

Für Drucksachen u. Inserate
Schönhals Klischees
Breslau I. Reuschstr. 51

W. Popp & Co.
BRE-LAU II Fernruf 30658
Fleischsalat und Mayonnaise
Erste und älteste Firma am Platze
Lieferant des Gewerkschaftsausschusses

Schwinge & Sohn, Papierverarbeitungswerk, Breslau 21
Pechpapiere aller Art in Bögen und Rollen
Permanenz- und Permanent-Ersatz-Papiere
Recht Pergamentpapiere - Apparaturrollenpapiere aller Art
Beste Qualität - Billigste Preise
Vollendetste Ausführung mit und ohne Druck

Warum die Benzeslausgrube stillgelegt werden muß

Weil die Gesfärel aus dem Verlustunternehmen auf Kosten des Staates einen Millionenverdienst machen wollte

Die endgültige Stilllegung der Benzeslausgrube im Grenz- kreis Neurode wird nicht mehr zu verhindern sein. Daraus sind der Preussischen Staatsregierung schärfste Vorwürfe, insbesondere aus den Kreisen der betroffenen Bevölkerung gemacht worden. Es muß deshalb einmal klipp und klar ausgesprochen werden:

die Schuld an der Stilllegung trifft einzig und allein die Inhaberin der Grube, die Gesfärel, hinter der wiederum das Elektrizitätswert Schlefien steht.

Wie liegen denn die Dinge? Die Preussische Staats- regierung, voran der Ministerpräsident Braun, war, als die Wünsche der Neuroder Bevölkerung auf Aufrecht- erhaltung des Grubenbetriebes an sie herantraten, sehr ent- schlossen, helfend einzugreifen. Sie beschloß, den Betrieb der Grube auf Kosten der öffentlichen Hand zu über- nehmen und die nötigen Beiträge für den jährlichen Betriebs- verlust aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung zu stellen. Das wäre einschließlich eines Betriebskapitals nicht weniger als 2-4 Millionen Reichsmark für die nächsten drei Jahre gewesen, eine erhebliche Summe, wenn man die schlechte finanzielle Lage von Reich und Preußen bedenkt.

Voraussetzung für die Regierung war selbstverständlich, daß die jetzige Inhaberin aus dieser Übernahme ihres Pleite- betriebes keinen Nutzen ziehen dürfte. Die Gesfärel witterte jedoch ein gutes Geschäft. Sie hatte seit 1924 in die Grube fast 7-8 Millionen Reichsmark für Rationalisierungsmaßnahmen gesteckt, die sich jetzt als

Fehlinvestitionen

herausgestellt haben. Sie wollte die Gelegenheit benutzen, diese Fehlinvestitionen auf die öffentliche Hand abzumalen, indem sie als Bedingung für die Übernahme den teilweisen Ertrag dieses Aufwandes in Höhe von zirka 4 Millionen Reichsmark forderte. Darüber hinaus verlangte sie eine jährliche Rente von mindestens 100 000 Reichsmark. (Bei einem Verlustunternehmen! An- merkung der Redaktion.)

Damit hatte aber die Gesfärel noch nicht genug. Zwischen ihr und der Grube bestehen seit Jahren Vereinbarungen, die der Grube den größten Teil des Kohlenabsatzes zu sehr günstigen Be- dingungen und ihre Belieferung mit elektrischem Strom zu sehr niedrigen Preisen sichern. Die Gesfärel lehnte die Verlängerung dieser Ver- träge ab, sie verlangte von dem unter Leitung von Reich und Preußen weiterzuführenden Grubenbetrieb den Abschluß neuer Verträge, die der Gesfärel einen jährlichen Mehrertrag von mindestens 150 000 Reichsmark gegenüber dem jetzigen Vertragsstand erbringen sollten, d. h. den Verlustabgang der Grube jährlich um 150 000 Reichsmark erhöhen würde. Das hätte für die öffentliche Hand eine Aufwendung von nicht weniger als 7-8 Millionen Reichsmark bedeutet.

Die Gesfärel mußte sich jedoch fügen, daß es für die öffent- liche Hand untragbar war und ist, derartige Übernahme- bedingungen, die völlig außerhalb des Rahmens einer Hilfe für die notleidende Bevölkerung lagen, zu erfüllen, Bedingungen, die in erster Linie eine Hilfe für das schlesische Privatkapital, nicht aber für die Bergarbeiter des Neuroder Kohlenbezirks bedeu- tet haben würden. Die nationalpolitischen und die arbeitsmarktpoli- tischen Gründe, die die Staatsregierung von der Notwendigkeit einer Hilfe überzeugt hatten, und das Schicksal von 2500 Arbeiter- und Angestelltenfamilien waren der Gesfärel völlig gleich- gültig. Das privatkapitalistische Interesse siegte wieder einmal über den gerade von dieser Seite so häufig geforderten Gemeininn und über die nationalen Notwendigkeiten in jenem Grenzgebiet.

Eigener Verneinung nach wird jedoch die Preussische Re- gierung namentlich bemüht sein, dem Neuroder Kreise durch Fi- nanzierung anderweitiger werkschaffender Arbeiten zu helfen.

Kommunale Tagung

Bürgermeister- und Stadtverordneten-Vorsteher-Konferenz des Mittelschlesischen Städtetages

Im Breslauer Rathaus fand eine von etwa 60 Vertretern besetzte Konferenz der Bürgermeister und Stadtverordneten- vorsteher des Mittelschlesischen Städtetages statt. Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Groß-Wänferberg, gedachte zunächst der vor kurzem verstorbenen Bürgermeister Sör-Groß-Wartenberg und Reichelt-Winkelsburg. — Dann hielt Erster Bürgermeister Martinus-Lauban einen Vortrag über die Finanzlage und den Etat für 1931. Er sprach über die allgemeine Finanzlage der Gemeinden, insbesondere darüber, daß die Aus- gaben für die Rohfahrsenerwerbsteuern die Finanzen der Gemeinden einer Katastrophe entgegenreiben und daß dieses Problem unbedingt einer Lösung entgegengeführt werden müsse. Sodann führte er aus, daß die Fehlbeiträge, mit denen in den letzten Jahren wohl die meisten Gemeinden abgekommen haben, gedeckt werden müssen, und zeigte Wege, auf denen dies zu ermöglichen sei.

Darüber machte er Mitteilungen darüber, wie der Etat für 1931 zu gestalten sei, und behandelte schließlich einige im Mittel- punkt des Interesses stehende Spezialfragen, z. B. die Frage des Wohnungsbauens im kommenden Jahre, für den nur 45 Prozent des Aufkommens des Vorjahres an Geld- mitteln zur Verfügung stehen werden. Er sprach ferner über die Sozialversicherungsituation der Sparrenten, über die Einlegung von Staatskommissaren, hinsichtlich deren anerkannte Wirtenschaftler auf dem Stadtpark kündeten, daß nach dem Stande der der- zeitigen Gebergebnisse die Einlegung von Staatskommissaren keine Handhabe bietet. — Im Anschluß daran hielt Erster Bürger- meister a. D. Hohenhausen einen Vortrag über aktuelle kommunale Fragen. Er behandelte das Müllgesetz, die Haus- zinssteuer und Reparaturkosten. Die Gewährung von Fahr- und Jahreszulagen an Kommunalpolitischebeamte lehnte er ab. Ferner sprach er über das Polizeiverwaltungsgesetz und das Gemeindeparagrafen bei der Gemeinderatswahl. — Eine eingehende Aussprache fand statt darüber, ob Hilfsstellenbeamte als jetzt angestellte Beamte anzusehen sind oder nicht. Schließlich wurden unter anderem noch die Sparrentensicherung und die Protokolle darüber erörtert.

Es wurde folgende Entschließung einstimmig an- genommen: Da Mittelschlesien bei Regelung der Müllfrage nur unzureichend berücksichtigt worden ist, bittet der Mittel- schlesische Städtetag, Mittelschlesien in nächstem Umfange in alle Hilfsmaßnahmen, die dem deutschen Osten zukommen sollen, einzubeziehen.

Finanzsorgen der Waldenburger Gemeinden

In der Hauptversammlung des Verbandes Waldenburger Industrie- und Gewerbevereine wurde die Auswirkung der Notverordnungen auf die Haushaltspläne der Gemeinden behandelt. Amts- und Gemeindevorsteher Hertwig-Weißstein wies auf die neuen durch die Notverordnung erschlossenen Steuerquellen hin und führte dabei aus, daß die Gemeinden im Kreis Waldenburg ge- zwungen sein werden, bei der Bürgersteuer einen Zu- schlag von 200 bis 300 Prozent zu erheben. Bei der bekannten Not im Waldenburger Kreis werde aber die Ein- ziehung der erhöhten Bürgersteuer auf große Schwierigkeiten stoßen. Der finanzielle Erfolg der Bürgersteuer werde aber auch dadurch wesentlich geschmälert, daß die Zahl der von der Bürger- steuer Befreiten sehr erweitert worden sei und ein Teil des Auf- kommens für den Kreisverband abgeführt werden müsse. Die Senkung der Realsteuern müsse nach der Notverordnung bei der Grundvermögenssteuer um 10 Prozent und bei den Gewerbe- steuern um 20 Prozent durchgeführt werden. Deshalb werden die Gemeinden gezwungen sein, bei der Aufstellung des Etats für 1931 alles zu streichen, was irgendwie zugänglich sei.

Ueber eine Preisentzugsaktion beim Wohnungsbau referierte Amts- und Gemeindevorsteher Genosse Köpfer- Dittersbach. Er forderte, daß das Reich für die im Vorjahre erbauten und künftig noch zu bauenden Wohnungen die Beträge für die Veranlagung der Bürgersteuer auf drei Monate für Hilfskräfte zur Verfügung zu stellen. Diesem Ersuchen wurde aus prinzipiellen Gründen widersprochen.

Eine lebhafte Aussprache entwickelte sich bei der Forderung auf Ermäßigung der Gebühren für Elektrizität, Wasser und Gas. Die Bemühungen des Vorstandes des Verbandes, eine Senkung dieser Gebühren herbeizuführen, sind leider an der Haltung des E. W. Schlefien und der Kölner Gas- u. G. gescheitert. — Einen eigenartigen Wunsch hatte das Waldenburger Finanzamt vor- gebracht, indem es an den Kreis das Ersuchen gerichtet hatte, für die Veranlagung der Bürgersteuer auf drei Monate fünf Hilfskräfte zur Verfügung zu stellen. Diesem Ersuchen wurde aus prinzipiellen Gründen widersprochen.

Guhrau. Zwei Kinder aus der brennenden Wohnung gerettet. In einem Hause in Osten brach am frühen Morgen ein Brand aus, wahrscheinlich dadurch, daß aus dem Ofen glühende Kohlenstücke herausfielen. Zwei schlafende Kinder wurden von der Feuerwehr aus dem bereits vom Feuer bedrohten Zetteln gerettet. Der Brand konnte rasch gelöscht werden.

Schweidnitz. Freitod. Der bei einem Gutsbesitzer in Zirkau beschäftigte 25jährige Landwirtschaftsgehilfe Erich S. wurde in seinem Zimmer tot aufgefunden. Er hatte seinem Leber durch einen Kopfschlag ein Ende gemacht. Der Grund zu der Tat dürfte in wirtschaftlichen Schwierigkeiten liegen.

Goldberg. Schadenfeuer. In der Kolonie Dunkelwald brannten nachts Scheune und Wirtschaftsgebäude des Stellen- besitzers Gölner mit Maschinen und erheblichen Futtermitteln nieder. Das ebenfalls bereits brennende Wohnhaus konnte, obwohl die Löscharbeiten durch Wassermangel sehr erschwert wurden, gerettet werden. Die Ursache des Brandes ist noch nicht ermittelt.

Löwenberg. Herzschlag in der Versammlung. Bei der Versammlung des Kriegervereins entspann sich eine längere Aussprache. Hieran beteiligte sich der Rechnungsrat Sager, der während seiner Rede plötzlich vom Schläge getroffen zusammenbrach. Jede Hilfe war vergeblich. Die Versammlung wurde sofort abgebrochen.

Wasserstand

	12.3	11.3		12.3	11.3
Reißer	1.40	1.78	Kantern (Unter-Regel)	2.05	2.24
Reiße (Stadt)	—1.40	—0.4	Fahnenmühl	2.18	2.24
Reißenmündung (Unt.-Regel)	1.84	1.96	Ablaufmündung (Schneidmühl)	1.41	1.68
Bräse (Kaltenbrunn)	2.75	2.69	Fährtenberg vom 10.3.	2.25	—
Zwickau	1.25	1.10	Reißenmühl + 0.0		

Auktion

Verlängerung bis 11. März
Ludwig Rückmann
Wettfahstr. 113

2 Betten
Kaufmann poliert
in Eichen u. Stahl
150
Waldenburger
Scholz
Waldenburgerstr. 112.

Alles randa die keine
"Randa" 10-11-Zigarette
bei C. Kruschauer
Schneidmühl Nr. 20b

Arbeitsheften
Hing und Kell nach Selb-
ständigkeit zusammenstellen
von 4.50 bis 10.00 Pfl.
Burgstraße 7, Krynitzki
Drucken Volkswahl
et: andere Bucherchen
Basta 7 Krynitzki 11

Kellner-Kleidung



über Art, auch für Lehrlinge
Humm-Sport- u. Bekleid-Kleidung
Oskar Dehmel
Breslau Neumarkt 25

Jack Hylton

Electrola
Felix Haysar
Ring, Am Rathaus 26

Die in Berlin von Jack Hylton gespielten Stücke
sind die des Xylophonspielers und hat sämtlich
mit Elektroton zu hören.

Hautjucken, Flechten

Hoffenen Füßen, Krampfadern
auch veralteten Wunden ist die milde und wohltuende
San.-Rat Dr. Strahl's Haussalbe
seit Jahrzehnten staatlich empfohlen und bewährt.
In Original-Dosen à 1.25, 2.50 und 4.50
Zu haben in Apotheken
wenn nicht vorrätig Versand gegenbald durch
Elektron-Apothek, Berlin SW 19/82
Leipziger Straße 74 (Stuhlfeldplatz).

Bettfedern

konnen Bettmattensätze
in der Schönen Bettfedern-Niederlage
Friedrich-Wilhelm-Str. 45 (Ecke)

Die von Gen. Stern-Wien

in seinem Kursus empfohlenen Bücher:
Marx: Kapital I/II Mk. 7.50
Engels: Utopie Mk. 0.50
Marx: Utopie Mk. 0.50
Kommun. Manifest .. Mk. 0.50
(nur kleiner Vorrat)
Nebel:
Frau u. d. Sozialismus .. Mk. 7.50
Engels:
Ursprung der Familie .. Mk. 3.50
Kampfbogen: Lasalle .. Mk. 0.50
Alle Bücher nur durch:
Volkswahlmühl, Krynitzki
Basta 7 Krynitzki 11
Stuhlfeldplatz 74 Stuhlfeldplatz 74
Alles nach auf Buchkarte:
Elektron-Apothek

Frohe Botschaft für die Hausfrau!

EXTRABLATT!
Lanella
Bald kommt
Lanella

Dumme werden gesucht

Zur Betriebsratswahl

Die Nationalsozialisten und Kommunisten machen mit aller Macht die Betriebsratswahlen zu politischen. Sie sprechen in ihrer Agitation nicht über die Aufgaben der Betriebsräte, sondern fast nur über politische Fragen, deren Lösung die Betriebsräte keinen unmittelbaren Einfluß haben.

Die verlogenen rechts- und linksbolschewistischen Propagandisten tun so, als ob nicht Betriebsräte, sondern Reichstagsabgeordnete zu wählen seien. So hat der kommunistische Betriebsrat in einem förmlichen Kampfsprogramm als Auftakt zu diesen Betriebsratswahlen veröffentlicht, das nicht weniger als 40 Forderungen enthält. Verlangt wird z. B. die Erhöhung von 6 Prozent und 50 Pfennig pro Mann und Schicht, ferner ein Verbot aller Betriebsstilllegungen und Arbeiterentlassungen, oder, falls trotzdem Entlassungen vorkommen, Weiterzahlung des Lohnes. Auch eine Erhöhung der Knappschaftszahlung wird gefordert, obwohl die Kommunisten sicherlich auch wissen, daß bereits ein Fehlbetrag von 100 Millionen Mark vorliegt. Die meisten Forderungen, die das Kampfsprogramm der Kommunisten enthält, können nur auf tariflichem oder gesetzlichem Wege erfüllt werden, d. h. die Betriebsräte können kaum etwas für die Verwirklichung eines solchen Kampfsprogramms unternehmen. Entscheidend hierfür sind einzig und allein die politischen und gewerkschaftlichen Machtverhältnisse.

Die Betriebsräte haben, wenn sie ihre Angaben ernst nehmen, gerade genug zu tun. Man braucht ihnen wirklich nicht noch politische Kampfsprogramme aufzupacken. Programme im übrigen ja billig wie Brombeeren. Wenn der Betriebsrat mit Programmen geholfen werden könnte, dann wäre sie angesichts der beiden Nationalsozialisten und den Kommunisten erstaunlich starken Fälschung von Versprechungen und Projekten längst nicht nur im Dritten Reich oder im Sowjetland, sondern schon im siebenten Himmel. Mit Kraft und Fleiß ist der Arbeiterschaft jedoch nicht gedient. Am wenigsten können Spruchmacher, Schreier und Krakeeier in den Betrieben etwas helfen. Hier braucht man, wenn die Interessen der Arbeiterschaft sachlich, nachdrücklich und erfolgreich vertreten werden sollen, Leute, die vom Betriebsratsgesetz, vom Arbeitsrecht und gewerkschaftlichen Dingen eine Ahnung haben und auch sonst nicht weltfremd oder begriffsstutzig sind. Solche Leute gedeihen aber nicht in dem Bekanntheitsgrad der Nationalsozialisten und der Hitlerbanden. Was soll ein Betriebsrat ohne mit den Hitlerphrasen über den Youngplan oder über die Wirtschaftskrisis bei Arbeitslosigkeit oder anderen Differenzen in seinem Bezirk anfangen? Antwort: Gar nichts. Das Rüstzeug, das ein Betriebsrat für die Verteidigung der Interessen seiner Kollegen gegenüber dem Arbeitgeber braucht, kann er sich nur aus der Waffenkammer der Gewerkschaften holen. Die Gewerkschaften aber sind den Kommunisten wie den Nationalsozialisten ein Dorn im Auge. In ihrem Kampf gegen die Gewerkschaften hat sich z. B. die SPD-Fraktion im preussischen Landtag sogar dazu verhalten, für die Zulassung der Rechtsanwälte zur Vertretung bei den Arbeitsgerichten einzutreten. Ihr Mitglied Steinbrunn begründete diesen Verrat der Arbeiterschaft mit dem althergebrachten, es sei nicht mehr als recht und billig, das schwarzrotgoldene Monopol der Vertreter der Arbeitnehmerinteressen zu beseitigen. Die Tatsache, daß Rechtsanwälte, die einmal Arbeitgeberinteressen und ein anderes Mal Arbeitnehmerinteressen vertreten sollen, niemals für die Grundzüge des Arbeitsrechts mit Ueberzeugung eintreten können, hat die SPD-Fraktion im preussischen Landtag bei ihren Vertretungen nicht gestört. Es kümmerte sie auch nicht, daß Rechtsanwälte naturgemäß durch Ausnutzung der Verfahrensbestimmungen ein Verfahren gern verschleppen und verteuern. Der Haß macht eben blind und — d. h. m., wie das Nachspiel der kommunistischen Berräterstücker im preussischen Landtag zeigt. Nachdem die SPD-Fraktion dahinter gekommen war, daß sie im Kampf mit den Gewerkschaften das Kind mit dem Bad ausgeschüttet hatte und Bormärkte aus den Reihen ihrer eigenen Anhänger befürchtete, kam sie bei der Beratung der Arbeitsverwaltung plötzlich mit einem Antrag, wonach vor den Arbeitsgerichten als Prozessvollmächtigte oder Beistände, Rechtsanwälte und Personen, die das Verhandeln vor Gericht gewöhnlich betreiben, ausgeschlossen sein sollen. Also: rein die Kartoffeln und raus aus den Kartoffeln!

zu erreichen, daß die Vertreter der NSD. auch vor den bürgerlichen Klagen gerichten als Prozessvertreter auftreten können, haben die großen Strategen der NSD. es fertig gebracht, sich mit der Wirtschaftspartei gegen die Arbeiterschaft zu werten und dann sich durch ihren Rückzug lächerlich zu machen.

Von Dikteln erdet man keine Feigen, aus Phrasen hört man keine Kränze. Das müssen sich die Arbeiter und Angestellten bei den kommenden Betriebsratswahlen vor Augen halten, wenn Kommunisten und Nationalsozialisten auf die Gewerkschaften schimpfen. Es ist nur der Reiz der Impotenz, der aus diesen Schimpferien spricht. Die Tatsache, daß zurzeit immer noch Arbeiter, der sich durch die kommunistischen Phrasen irreführen lassen, werden, ist wieder zu seiner freien Gewerkschaft zurückzuführen, spricht Sünde.

Existenz, weil die öffentlichen Betriebe gegenüber den privaten noch eine verhältnismäßig sichere Arbeitsstelle gewährleisten. Die Frage der Berufsausbildung ist seit Jahren bereits ein Kampfbjekt. Die Unternehmer wenden sich gegen das Berufsausbildungsgebot, sie betrachten die landwirtschaftliche Ausbildung, die anerkannt mangelhaft ist, als ihr Ideal.

Die Arbeitnehmer der Gärtnerei stehen in geschlossener Front. Sie bilden im Gesamtverband einen Block von 24 000 organisierten Mitgliedern, demgegenüber die kleinen Splitterorganisationen, so die wenigen Gärtner im christlichen Landarbeiterverband oder der sogenannte Reichsbund der geprüften Obergärtner oder gar die gelbe Junggärtnergruppe des Unternehmersverbandes nichts bedeuten. Gleichwohl sind die 24 000 noch immer eine Minderheit gegenüber der Zahl der organisierten, fähigen Berufsaangehörigen. Der Kleinbetrieb der Privatgärtnerei erschwert ungeheuer die Verarbeitung. Immerhin kann diese Arbeit im Rahmen des Gesamtverbandes heute erfolgreicher durchgeführt werden als früher.

Die organisatorische Eingliederung ist im verflochtenen Jahr durchgeführt worden. Die Konferenz in Kassel soll nun die Richtlinien für den Vormarsch der nächsten Jahre geben.

Das Arbeitsgericht Berlin hat am Mittwoch in dem Feierschlichterprozess die Klage der Eisenbahner gegen die Reichsbahn abgewiesen. Aus der kurzen Urteilsbegründung, die der Vorsitzende gab, geht hervor, daß das Gericht die tatsächlichen besonderen Verhältnisse bei der Reichsbahngesellschaft verkannt hat. Vor allem ist der Richter nicht auf die Beseitigung der regelmäßigen Arbeitszeit durch die viele Monate hindurch eingelegten Feierschichten eingegangen. Auch hat das Gericht dem Charakter des Tarifvertrages als Maximal-Tarifvertrag, der die in ihm behandelten Gegenstände abschließend regelt, nicht Rechnung getragen. Hätte es dies getan, dann hätte es die Zulässigkeit der Kurzarbeit verneinen müssen; denn die Materie der Arbeitszeit ist abschließend geregelt.

Nicht verständlich waren in der Begründung die Ausführungen über die Bestimmung des Lohnvertrages in § 8, Ziffer 6, worin die für Kurzarbeit vorgesehene Kurzarbeit geregelt wird. Das Gericht sah in ihr nicht eine erschöpfende Aufzählung der tariflich zulässigen Fälle der Verkürzung der Arbeitszeit, sondern eine Regelung der Lohnverhältnisse.

Das Arbeitsgericht Berlin hat am Mittwoch in dem Feierschlichterprozess die Klage der Eisenbahner gegen die Reichsbahn abgewiesen. Aus der kurzen Urteilsbegründung, die der Vorsitzende gab, geht hervor, daß das Gericht die tatsächlichen besonderen Verhältnisse bei der Reichsbahngesellschaft verkannt hat. Vor allem ist der Richter nicht auf die Beseitigung der regelmäßigen Arbeitszeit durch die viele Monate hindurch eingelegten Feierschichten eingegangen. Auch hat das Gericht dem Charakter des Tarifvertrages als Maximal-Tarifvertrag, der die in ihm behandelten Gegenstände abschließend regelt, nicht Rechnung getragen. Hätte es dies getan, dann hätte es die Zulässigkeit der Kurzarbeit verneinen müssen; denn die Materie der Arbeitszeit ist abschließend geregelt.

Nicht verständlich waren in der Begründung die Ausführungen über die Bestimmung des Lohnvertrages in § 8, Ziffer 6, worin die für Kurzarbeit vorgesehene Kurzarbeit geregelt wird. Das Gericht sah in ihr nicht eine erschöpfende Aufzählung der tariflich zulässigen Fälle der Verkürzung der Arbeitszeit, sondern eine Regelung der Lohnverhältnisse.

Nach der mündlichen Begründung basiert das Urteil auf einer Verkennung des Begriffes „regelmäßige Arbeitszeit“ und der die Arbeitszeit regelnden Bestimmung des Tarifvertrages. Die Kläger werden gegen dieses in seiner Begründung höchst anfechtbare Urteil Berufung einlegen.

Die am Dienstag stattgefundenen Lohnabbau-Verhandlungen zwischen der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn und den Eisenbahner-Organisationen brachten kein Ergebnis. Die Reichsbahnverwaltung wird sich deshalb an den Reichsarbeitsminister mit dem Ersuchen um Einleitung von Schlichtungsverhandlungen wenden. Die Vertreter der Gewerkschaften erklärten nachdrücklich, daß sie einer auch noch so geringen Kürzung der Eisenbahnerlöhne nicht zustimmen könnten. Eine solche Kürzung bedeute in diesem Augenblick nichts anderes als die Zerstörung der Lebensmöglichkeit für eine sehr beträchtliche Zahl von Eisenbahnarbeitern. Der gegenwärtige Lebensstandard der Eisenbahner verbiete jede Herabsetzung der Löhne. Wenn die Finanzlage der Reichsbahn so schlecht sei, wie sie von den Vertretern der Verwaltung hingestellt werde, dann sei sie auch durch eine Lohnkürzung nicht mehr zu retten. Trotz der Klagen der Verwaltung habe die Gesellschaft jedoch Geld übrig, wenn es sich nicht um Lohnausgaben handle. Sie nehme beträchtliche unnötige Ausgaben freiwillig auf sich. So würden noch immer in großem Umfang Korruptionszulagen gezahlt, noch immer habe die Reichsbahnverwaltung Geld zur Ausrichtung von Panzerzügen übrig, und auch noch für verschiedene andere Einrichtungen, die keine Vorkaufsrechte hätten, werde viel zu viel Geld ausgegeben. Aus all diesen Gründen seien die Gewerkschaften gezwungen, der Hauptverwaltung vorzuschlagen ihre Lohnabbau-Forderungen zurückzuziehen und die bisher in Kraft befindlichen Lohnsätze bestehen zu lassen; die Arbeitszeitverkürzung habe den Eisenbahnern bereits genug Lohnsenkung gebracht.

Der Verhandlungsleiter erklärte nach der scharfen Stellungnahme der Gewerkschaften gegen den Lohnabbau, daß wohl keine Aussicht auf eine Verständigung der Parteien bestehe. Die Reichsbahn-Gesellschaft müsse deshalb nunmehr andere Schritte unternehmen, um in der Lohnfrage weiterzukommen.

Der vom Statistischen Reichsamte errechnete Aktienindex (1924=100) stellt sich für die Woche vom 2. bis 7. März 1931 auf 88,6 gegenüber 86,5 in der Vormoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 82,6 (79,8), Gruppe Bearbeitende Industrie auf 78,6 (76,3) und Gruppe Handel und Verkehr auf 111,1 (109,4).

Das Institut für Konjunkturforschung kommt in seiner letzten Vierteljahrsveröffentlichung für den Stand der Wirtschaftsentwicklung Ende Februar zu dem Schluß, daß der Tiefpunkt der weltwirtschaftlichen Konjunktur in nicht ferner Zeit erreicht wird. Die Weltwirtschaftskrisis habe sich im letzten Vierteljahr 1930 weiter verschärft. Seit der Jahreswende schiene sich eine neue, in der Intensität abgeschwächte Rückgangsetappe anzubahnen. Auf einigen Weltrohstoffmärkten habe die Borsatzzunahme teils aufgehört, teils habe sie sich vermindert. Bei im ganzen noch abwärts gerichteter Tendenz zögen einzelne Rohstoffpreise an. In den internationalen Aktienmärkten seien sich seit Mitte Januar im ganzen Kurserholungen durch Produktion und Umsätze seien dagegen immer noch rückläufig. Wenn gleich der weltwirtschaftliche Konjunkturrückgang noch immer nicht abgeschlossen sei, so dürfte sich doch die Rückgangstendenz vermindern und eine Vereinglung der Rückgänge Platz greifen.

Für die Konjunktur in Deutschland wird nach dem auf die erhöhten Schwierigkeiten im Export, die sinkende Produktion und den sinkenden Umsatz und die Steigerung der Arbeitslosigkeit auf 5 Millionen verwiesen wurde, folgendes festgestellt: Die Faktoren des Binnenmarktes liegen gleichermäßen ungünstig. Trotz des Liquidationsprozesses, zu dem der Konjunkturabschwächung geführt hat, hält die Verkappungen an den Kreditmärkten an. Die Investitionstätigkeit, insbesondere auf dem Baumarkt, ist dadurch fast beeinträchtigt. Die Verbrauchsgüterindustrie stehen unter dem Druck eines fast verringerten Masseneinkommens. In Gegenseiten sind vorerst nur die Bedarfskationen gegeben. In dem Maß, in dem die zur Aufrechterhaltung notwendigen Investitionen verfallen, müssen die Nachtragserlösen ausgelassen werden. Hielt sich die Belebung der internationalen Aktienmärkte und zum Teil auch der Weltrohstoffmärkte als erstes Anzeichen hierfür zu werten. Die Voraussetzungen für eine schnelle Ueberwindung des gegenwärtigen Tiefstandes sind für Deutschland noch nicht gegeben. Im März werden die jahreszeitlichen Vorgänge auf eine Erleichterung des Arbeitsmarktes hinwirken. Diese konjunkturelle Entlastung wird fürs erste aber schwerlich durch konjunkturelle Faktoren unterstützt werden.

Das Institut verweist auf den Druck des verringerten Masseneinkommens. Hier machen sich bestimmte Tendenzen im Preisniveau und im Arbeitseinkommen bemerkbar. Die Erwertungen auf eine Angleichung der Preise sind nicht erfüllt worden. Das Arbeitseinkommen verringerte sich dagegen weit mehr als die Preissteigerung ausmacht. Seine Untersuchungen über das Preisniveau leidet das Konjunkturforschungsinstitut mit den einseitigen Feststellungen ein, daß der Preissturz an den Weltrohstoffmärkten und der geringe Rückgang der Preise an den Finanzmärkten in

Regelung der Berliner Metallangestelltengelder vor dem Schlichter

Die am Mittwoch zwischen Vertretern der Berliner Metallindustriellen und der Gewerkschaften geführten Verhandlungen über den Neuabschluss eines Gehaltsvertrages für die Metallangestellten verliefen ergebnislos. Die Industriellen verlangen selbstverständlich einen Lohnabbau. Am 17. März wird sich der Berliner Schlichtungsausschuß mit dem Tarifstreit beschäftigen.

Ausperrung in der dänischen Papierindustrie

12 500 Arbeiter müssen auf die Straße. Am Sonnabend wird die gesamte dänische Papierindustrie stillgelegt. Die in letzter Zeit zur Beilegung des schwebenden Lohnkonflikts geführten Verhandlungen sind von den Unternehmern abgebrochen worden. Von der Ausperrung werden insgesamt 12 500 Arbeiter betroffen.

Feierschichtenklage der Eisenbahner abgewiesen

Das Arbeitsgericht Berlin hat am Mittwoch in dem Feierschlichterprozess die Klage der Eisenbahner gegen die Reichsbahn abgewiesen. Aus der kurzen Urteilsbegründung, die der Vorsitzende gab, geht hervor, daß das Gericht die tatsächlichen besonderen Verhältnisse bei der Reichsbahngesellschaft verkannt hat. Vor allem ist der Richter nicht auf die Beseitigung der regelmäßigen Arbeitszeit durch die viele Monate hindurch eingelegten Feierschichten eingegangen. Auch hat das Gericht dem Charakter des Tarifvertrages als Maximal-Tarifvertrag, der die in ihm behandelten Gegenstände abschließend regelt, nicht Rechnung getragen. Hätte es dies getan, dann hätte es die Zulässigkeit der Kurzarbeit verneinen müssen; denn die Materie der Arbeitszeit ist abschließend geregelt.

Nicht verständlich waren in der Begründung die Ausführungen über die Bestimmung des Lohnvertrages in § 8, Ziffer 6, worin die für Kurzarbeit vorgesehene Kurzarbeit geregelt wird. Das Gericht sah in ihr nicht eine erschöpfende Aufzählung der tariflich zulässigen Fälle der Verkürzung der Arbeitszeit, sondern eine Regelung der Lohnverhältnisse.

Nach der mündlichen Begründung basiert das Urteil auf einer Verkennung des Begriffes „regelmäßige Arbeitszeit“ und der die Arbeitszeit regelnden Bestimmung des Tarifvertrages. Die Kläger werden gegen dieses in seiner Begründung höchst anfechtbare Urteil Berufung einlegen.

Eisenbahnkonflikt kommt vor den Schlichter

Die am Dienstag stattgefundenen Lohnabbau-Verhandlungen zwischen der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn und den Eisenbahner-Organisationen brachten kein Ergebnis. Die Reichsbahnverwaltung wird sich deshalb an den Reichsarbeitsminister mit dem Ersuchen um Einleitung von Schlichtungsverhandlungen wenden. Die Vertreter der Gewerkschaften erklärten nachdrücklich, daß sie einer auch noch so geringen Kürzung der Eisenbahnerlöhne nicht zustimmen könnten. Eine solche Kürzung bedeute in diesem Augenblick nichts anderes als die Zerstörung der Lebensmöglichkeit für eine sehr beträchtliche Zahl von Eisenbahnarbeitern. Der gegenwärtige Lebensstandard der Eisenbahner verbiete jede Herabsetzung der Löhne. Wenn die Finanzlage der Reichsbahn so schlecht sei, wie sie von den Vertretern der Verwaltung hingestellt werde, dann sei sie auch durch eine Lohnkürzung nicht mehr zu retten. Trotz der Klagen der Verwaltung habe die Gesellschaft jedoch Geld übrig, wenn es sich nicht um Lohnausgaben handle. Sie nehme beträchtliche unnötige Ausgaben freiwillig auf sich. So würden noch immer in großem Umfang Korruptionszulagen gezahlt, noch immer habe die Reichsbahnverwaltung Geld zur Ausrichtung von Panzerzügen übrig, und auch noch für verschiedene andere Einrichtungen, die keine Vorkaufsrechte hätten, werde viel zu viel Geld ausgegeben. Aus all diesen Gründen seien die Gewerkschaften gezwungen, der Hauptverwaltung vorzuschlagen ihre Lohnabbau-Forderungen zurückzuziehen und die bisher in Kraft befindlichen Lohnsätze bestehen zu lassen; die Arbeitszeitverkürzung habe den Eisenbahnern bereits genug Lohnsenkung gebracht.

Der Verhandlungsleiter erklärte nach der scharfen Stellungnahme der Gewerkschaften gegen den Lohnabbau, daß wohl keine Aussicht auf eine Verständigung der Parteien bestehe. Die Reichsbahn-Gesellschaft müsse deshalb nunmehr andere Schritte unternehmen, um in der Lohnfrage weiterzukommen.

Der vom Statistischen Reichsamte errechnete Aktienindex (1924=100) stellt sich für die Woche vom 2. bis 7. März 1931 auf 88,6 gegenüber 86,5 in der Vormoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 82,6 (79,8), Gruppe Bearbeitende Industrie auf 78,6 (76,3) und Gruppe Handel und Verkehr auf 111,1 (109,4).

Das Institut für Konjunkturforschung kommt in seiner letzten Vierteljahrsveröffentlichung für den Stand der Wirtschaftsentwicklung Ende Februar zu dem Schluß, daß der Tiefpunkt der weltwirtschaftlichen Konjunktur in nicht ferner Zeit erreicht wird. Die Weltwirtschaftskrisis habe sich im letzten Vierteljahr 1930 weiter verschärft. Seit der Jahreswende schiene sich eine neue, in der Intensität abgeschwächte Rückgangsetappe anzubahnen. Auf einigen Weltrohstoffmärkten habe die Borsatzzunahme teils aufgehört, teils habe sie sich vermindert. Bei im ganzen noch abwärts gerichteter Tendenz zögen einzelne Rohstoffpreise an. In den internationalen Aktienmärkten seien sich seit Mitte Januar im ganzen Kurserholungen durch Produktion und Umsätze seien dagegen immer noch rückläufig. Wenn gleich der weltwirtschaftliche Konjunkturrückgang noch immer nicht abgeschlossen sei, so dürfte sich doch die Rückgangstendenz vermindern und eine Vereinglung der Rückgänge Platz greifen.

Für die Konjunktur in Deutschland wird nach dem auf die erhöhten Schwierigkeiten im Export, die sinkende Produktion und den sinkenden Umsatz und die Steigerung der Arbeitslosigkeit auf 5 Millionen verwiesen wurde, folgendes festgestellt: Die Faktoren des Binnenmarktes liegen gleichermäßen ungünstig. Trotz des Liquidationsprozesses, zu dem der Konjunkturabschwächung geführt hat, hält die Verkappungen an den Kreditmärkten an. Die Investitionstätigkeit, insbesondere auf dem Baumarkt, ist dadurch fast beeinträchtigt. Die Verbrauchsgüterindustrie stehen unter dem Druck eines fast verringerten Masseneinkommens. In Gegenseiten sind vorerst nur die Bedarfskationen gegeben. In dem Maß, in dem die zur Aufrechterhaltung notwendigen Investitionen verfallen, müssen die Nachtragserlösen ausgelassen werden. Hielt sich die Belebung der internationalen Aktienmärkte und zum Teil auch der Weltrohstoffmärkte als erstes Anzeichen hierfür zu werten. Die Voraussetzungen für eine schnelle Ueberwindung des gegenwärtigen Tiefstandes sind für Deutschland noch nicht gegeben. Im März werden die jahreszeitlichen Vorgänge auf eine Erleichterung des Arbeitsmarktes hinwirken. Diese konjunkturelle Entlastung wird fürs erste aber schwerlich durch konjunkturelle Faktoren unterstützt werden.

kein Ergebnis. Die Reichsbahnverwaltung wird sich deshalb an den Reichsarbeitsminister mit dem Ersuchen um Einleitung von Schlichtungsverhandlungen wenden. Die Vertreter der Gewerkschaften erklärten nachdrücklich, daß sie einer auch noch so geringen Kürzung der Eisenbahnerlöhne nicht zustimmen könnten. Eine solche Kürzung bedeute in diesem Augenblick nichts anderes als die Zerstörung der Lebensmöglichkeit für eine sehr beträchtliche Zahl von Eisenbahnarbeitern. Der gegenwärtige Lebensstandard der Eisenbahner verbiete jede Herabsetzung der Löhne. Wenn die Finanzlage der Reichsbahn so schlecht sei, wie sie von den Vertretern der Verwaltung hingestellt werde, dann sei sie auch durch eine Lohnkürzung nicht mehr zu retten. Trotz der Klagen der Verwaltung habe die Gesellschaft jedoch Geld übrig, wenn es sich nicht um Lohnausgaben handle. Sie nehme beträchtliche unnötige Ausgaben freiwillig auf sich. So würden noch immer in großem Umfang Korruptionszulagen gezahlt, noch immer habe die Reichsbahnverwaltung Geld zur Ausrichtung von Panzerzügen übrig, und auch noch für verschiedene andere Einrichtungen, die keine Vorkaufsrechte hätten, werde viel zu viel Geld ausgegeben. Aus all diesen Gründen seien die Gewerkschaften gezwungen, der Hauptverwaltung vorzuschlagen ihre Lohnabbau-Forderungen zurückzuziehen und die bisher in Kraft befindlichen Lohnsätze bestehen zu lassen; die Arbeitszeitverkürzung habe den Eisenbahnern bereits genug Lohnsenkung gebracht.

Der Verhandlungsleiter erklärte nach der scharfen Stellungnahme der Gewerkschaften gegen den Lohnabbau, daß wohl keine Aussicht auf eine Verständigung der Parteien bestehe. Die Reichsbahn-Gesellschaft müsse deshalb nunmehr andere Schritte unternehmen, um in der Lohnfrage weiterzukommen.

Der vom Statistischen Reichsamte errechnete Aktienindex (1924=100) stellt sich für die Woche vom 2. bis 7. März 1931 auf 88,6 gegenüber 86,5 in der Vormoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 82,6 (79,8), Gruppe Bearbeitende Industrie auf 78,6 (76,3) und Gruppe Handel und Verkehr auf 111,1 (109,4).

Das Institut für Konjunkturforschung kommt in seiner letzten Vierteljahrsveröffentlichung für den Stand der Wirtschaftsentwicklung Ende Februar zu dem Schluß, daß der Tiefpunkt der weltwirtschaftlichen Konjunktur in nicht ferner Zeit erreicht wird. Die Weltwirtschaftskrisis habe sich im letzten Vierteljahr 1930 weiter verschärft. Seit der Jahreswende schiene sich eine neue, in der Intensität abgeschwächte Rückgangsetappe anzubahnen. Auf einigen Weltrohstoffmärkten habe die Borsatzzunahme teils aufgehört, teils habe sie sich vermindert. Bei im ganzen noch abwärts gerichteter Tendenz zögen einzelne Rohstoffpreise an. In den internationalen Aktienmärkten seien sich seit Mitte Januar im ganzen Kurserholungen durch Produktion und Umsätze seien dagegen immer noch rückläufig. Wenn gleich der weltwirtschaftliche Konjunkturrückgang noch immer nicht abgeschlossen sei, so dürfte sich doch die Rückgangstendenz vermindern und eine Vereinglung der Rückgänge Platz greifen.

Für die Konjunktur in Deutschland wird nach dem auf die erhöhten Schwierigkeiten im Export, die sinkende Produktion und den sinkenden Umsatz und die Steigerung der Arbeitslosigkeit auf 5 Millionen verwiesen wurde, folgendes festgestellt: Die Faktoren des Binnenmarktes liegen gleichermäßen ungünstig. Trotz des Liquidationsprozesses, zu dem der Konjunkturabschwächung geführt hat, hält die Verkappungen an den Kreditmärkten an. Die Investitionstätigkeit, insbesondere auf dem Baumarkt, ist dadurch fast beeinträchtigt. Die Verbrauchsgüterindustrie stehen unter dem Druck eines fast verringerten Masseneinkommens. In Gegenseiten sind vorerst nur die Bedarfskationen gegeben. In dem Maß, in dem die zur Aufrechterhaltung notwendigen Investitionen verfallen, müssen die Nachtragserlösen ausgelassen werden. Hielt sich die Belebung der internationalen Aktienmärkte und zum Teil auch der Weltrohstoffmärkte als erstes Anzeichen hierfür zu werten. Die Voraussetzungen für eine schnelle Ueberwindung des gegenwärtigen Tiefstandes sind für Deutschland noch nicht gegeben. Im März werden die jahreszeitlichen Vorgänge auf eine Erleichterung des Arbeitsmarktes hinwirken. Diese konjunkturelle Entlastung wird fürs erste aber schwerlich durch konjunkturelle Faktoren unterstützt werden.

Das Institut verweist auf den Druck des verringerten Masseneinkommens. Hier machen sich bestimmte Tendenzen im Preisniveau und im Arbeitseinkommen bemerkbar. Die Erwertungen auf eine Angleichung der Preise sind nicht erfüllt worden. Das Arbeitseinkommen verringerte sich dagegen weit mehr als die Preissteigerung ausmacht. Seine Untersuchungen über das Preisniveau leidet das Konjunkturforschungsinstitut mit den einseitigen Feststellungen ein, daß der Preissturz an den Weltrohstoffmärkten und der geringe Rückgang der Preise an den Finanzmärkten in

den Industrieländern im zunehmenden Grad den weltwirtschaftlichen Gütertausch beeinträchtigt hat. Verschärft wurden die Preispannungen zwischen Weltmarkt und Binnenmarkt für Deutschland dadurch, daß auf landwirtschaftlichem Gebiet Maßnahmen zur Stützung der inländischen Preise ergriffen wurden. Das hat ohne Zweifel ungünstig auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und auf den Export gewirkt. Nach wie vor bestehen beträchtliche Spannungen zwischen Rohstoff- und Fertigwarenpreisen, zwischen Großhandels- und Einzelhandelspreisen und den Preisen zwischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen und landwirtschaftlichen Bedarfsgütern. In der Zeit von Ende Oktober 1930 bis Ende Januar 1931 ist der Index für reagible Warenpreise um 12 Punkte, der Großhandelsindex um 6 Punkte, der Index für mehr inlandsbestimmte Waren um 5 und der für mehr auslandsbestimmte Waren um 8 Punkte zurückgegangen. Die Lebenshaltungskosten haben sich aber nur um 1,4 und, wenn man die Wohnung mit einrechnet, sogar nur um 3,4 Punkte vermindert.

Dagegen ergibt sich für die Verringerung des Arbeitseinkommens ein ungeheuerliches Ausmaß, das das Institut für Konjunkturforschung in dem überwältigendem Maß festhält: Der Rückgang des Arbeitseinkommens hat neuerdings einen Umfang angenommen, wie er in den letzten 40 Jahren nicht mehr zu verzeichnen war. Hier wirken 4 Faktoren, die fast die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die Verdienstminderung durch Kurzarbeit, der Abbau der übertariflichen Bezahlung und die Senkung der Tariflöhne zusammen. Wenn Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben für das 4. Vierteljahr 1930 gegenüber dem 4. Vierteljahr 1929 dem Arbeitseinkommen einen Ausfall von — das Institut schätzt hier sehr vorsichtig — 1,2 Milliarden Mark gebracht. Für das ganze Jahr 1930 veranschlagt das Institut den Verlust auf 3,5 bis 4 Milliarden Mark. In diesem Zusammenhang betont das Konjunkturforschungsinstitut, daß die Kaufkraft der Arbeitnehmer, soweit sie noch in Arbeit sind, ihrem Nominalbetrag nach noch härter zurückgegangen ist als diese Zahlen des nominalen Einkommensverlustes besagen. Abschließend wird festgestellt, daß sich die Lebenshaltungskosten gegenüber dem Vorjahr um 4,8 Prozent verringert haben, daß aber für das Arbeitseinkommen mit einem Verlust von 10 Prozent zu rechnen ist.

Tagung der Reichsfachgruppe Gärtnerei im Gesamtverband

Die Reichsfachgruppe Gärtnerei, Paris und Reichshaus im Gesamtverband tritt Ende dieser Woche zum ersten Male seit der Eingliederung der Gärtnereiarbeiter in die Gesamtorganisation des Gesamtverbandes — in Kassel (Hessen) — zu einer Tagung zusammen. Im Mittelpunkt der Tagung stehen zwei Themen: „Der Kampf der Unternehmungen der öffentlichen Betriebe“ und „Die gärtnerische Berufsausbildung“ und „Die Gärtnerei in der Volkswirtschaft“. Für die Gärtnereiarbeiter bedeutet die drohende Entlassung eine ganz besondere Gefährdung ihrer

Haus für 650 Familien

Die sozialdemokratische Magistratsfraktion in Amsterdam befürwortet das Projekt der Erbauung eines genossenschaftlichen Großhauses für 650 Familien. Es soll einen Bauhof von 200 mal 168 Metern umfassen, und zwei verschiedene Wohnungstypen enthalten von einem bzw. zwei Wohnzimmern, aber mit je drei Schlafzimmern, einer Küche und einem Baderraum. Alle Wohnungen sollen Zentralheizung und Warmwassererwärmung erhalten. Ferner ist Telefonzentrale, eine Kundenausleihszentrale, eine elektrische Staubfangzentrale und eine allgemeine Müllschluckeinrichtung geplant. Die Säden in dem Block, der siebenstöckig ausgeführt werden soll, werden lediglich Genossenschaftsläden sein. Alle Bestellungen aus den einzelnen Wohnungen sollen halbfähndlich durch eine Laufbahnanlage in die Wohnungen Erledigung finden. Durch den genossenschaftlichen Einkauf wird ein Teil des Mietpreises, der durchschnittlich 10,35 Gulden die Woche betragen soll, wieder eingespart. Der ganze Block kostet vier Millionen Gulden. Als Bauzeit sind zwei Jahre berechnet.

Wieder ein Aufklärungsfilm unterdrückt

Die Filmprüfstelle der Reichsregierung hat den Film „Lied des Lebens“ von Alexis Granowski auf Grund eines Gutachtens eines Oberregierungsrats vom Reichsgesundheitsamt nicht zugelassen. In dem Gutachten werden die Bildstreifen von der operativen Geburt eines Kindes mit der Begründung beanstandet, daß schwangere Frauen durch diese Stellen von einer Operation abgehalten werden können. Die Filmprüfstelle hatte sich zwar trotz des Gutachtens für die Zulassung des Films ausgesprochen. Ihr Vorsitzender legte jedoch gegen den Beschluß Bescheid bei der Filmoberprüfstelle ein, was vorläufig einem Verbot gleichkommt. Dieses Verhalten hat in der Berliner Presse allgemein scharfe Kritik hervorgerufen.

Der zweite Bauer-Prozess

Am Mittwoch vormittag begann vor dem Wiener Schwurgericht der zweite Prozess gegen Gustav Bauer, den mutmaßlichen Mörder von Kaiserin Elisabeth. Der erste Prozess gegen Bauer wurde am 14. Oktober vorigen Jahres abgebrochen. Bauer ist angeklagt, seine frühere Freundin Katharina Jellner ermordet, die Leiche beraubt und verbrannt zu haben. Der Abbruch des ersten Prozesses erfolgte auf Grund mehrerer Anträge des Staatsanwalts, das Untersuchungsverfahren durch Samisuntnahme in Ungarn und Italien zu ergänzen. Viele kriminalistische Arbeit wurde inzwischen geleistet; die neuen Akten umfassen etwa 700 Protokolleiten.

Bauer hat keinen leichten Stand. Niemand hat ihn zur Zeit der Mordtat gesehen, und nur ein Zufall führte zur Feststellung der Person der Ermordeten: ein Wiener Zahnarzt erkannte in dem auf Malaien abgebildeten Gebiß der Ermordeten keine Arbeit. Jetzt wurde Andreas Jellner als der frühere Mann der Ermordeten verhaftet. Er konnte jedoch noch längerem Mühen den Nachweis seiner Unschuld erbringen. Jellner wies die Spur auf Bauer, der ein Jahr nach dem Mord in Berlin verhaftet wurde; er bekennt alles, konnte aber Schritt um Schritt der Fuge überführt werden. Schließlich mußte er zugestehen, mit Katharina Jellner am fraglichen 17. Juli zusammengekommen zu sein, behauptete aber, sie mittags um 1 Uhr verlassen zu haben. Nun brachte die Staatsanwaltschaft vor, daß Bauer nach dem Mord Bruchgold und Felsspäthe aus dem Besitz der Ermordeten durch eine Freundin hatte verschleusen lassen. Bauer leugnete, wurde aber überführt. Schließlich erregte es große Sensation, als ein Chauffeur erschien, der an Hand seines Leutenbuchs nachwies, daß Bauer am 17. Juli in Begleitung einer Frau vor ihm zum Kaiserlichen Tiergarten gefahren worden war. Der Angeklagte leugnete jedoch wieder.

In der neuen auf zehn Tage herabgesetzten Verhandlung, zu der obige Verfahren als Zeugen geladen wurden, sind wieder Andreas Jellner, der Gatte der Ermordeten, und ihr Bruder erschienen. Gustav Bauer mochte einen gestrigen Geständnis aber bloß und gesundheitlich angegriffen aus. Wiederum bleibt der Angeklagte bei seiner Behauptung, ungenügend zu sein und von der Ermordung Katharina Jellners erst bei seiner Befreiung Kenntnis erhalten zu haben. Er habe sich auch der Aufdeckung des Verbrechens und seiner Bekämpfung bei der Polizei nicht gemeldet, weil er geglaubt habe, daß der Täter bereits festgenommen sei. Außerdem wäre er um diese Zeit geschäftlich sehr überfordert gewesen.

Stiefmutterfall bei der Lotteriezählung

Bei der Zählung der Königlich-Sächsischen Klassenlotterie ereignete sich gestern mittig ein außerordentlicher Zwischenfall, der möglicherweise Reklamationen nach sich ziehen wird. Mittleren in der Zählung sprang plötzlich ein Klotzen aus der Trommel und fiel auf den Fußboden. Die an der Zählung beteiligten Beamten bemerkten den Vorfall nicht sofort und wurden erst nach einiger Zeit vom Publikum darauf aufmerksam gemacht. Die Zählung wurde unterbrochen und das Klotzen in die Trommel zurückgelegt. Inzwischen waren über 40 Nummern eingezogen worden. Die bei diesem Zwischenfall unmittelbar anschließende Nummer wurde nicht festgestellt, weil ein nicht-gesprochenes Klotzen während der Zählung nicht gezogen werden darf. Die Lotteriebücherei war von dem Vorfall sofort benachrichtigt worden und nahm ein Protokoll auf. Dann erst wurde die Zählung fortgesetzt.

Stationenlager beschlagnahmt

Beamte der Sächsischen Landstriminalpolizei und der Landjäger beschlagnahmten auf der Burg Sparitz ein zum Verkauf bestimmtes Klotzenlager und einen Klotzen von 10000 Schilling. Die in einem unterirdischen Gewölbe versteckt verpackt waren. Die Ermittlungen sind noch im Gange.

Einband bei gelbes Vogel

In Krasnodar in der Ukraine brachten Vögel in das Gänsefleisch des Krasnodarers gelbes Vogel ein und brachten den Vogel für einen neuen Schicksal.

Pomanti Original
Speck & Suring, Berlin

Ein Rügendamms?

Großzügige Lösung eines internationalen Verkehrsproblems geplant

So wie vor einigen Jahren die Reichsjahresberichte nach der Insel Spitz mit einem Schlag durch — wenn man so sagen darf — einen technischen Schlag, den Bau des Hindenburg-Dammes, gehoben worden sind, so wird vielleicht in nicht allzu ferner Zeit auch das Projekt einer festen Verbindung zwischen Stralsund und der Insel Rügen auf ähnliche Art und Weise Gestalt annehmen. Heute wird die Verbindung zwischen dem Festland und der Insel Rügen durch Dampferverkehr für Personen und durch Fährschiffverkehr für Eisenbahnen aufrecht erhalten — was weder sehr reich, noch immer reichungslos vonstatten geht. Wer einmal zum Sommeraufenthalt nach Rügen gefahren ist, um in den dortigen Ostseebädern Erholung von der Arbeit zu finden, wird ein Lied davon zu singen wissen. Auch ausländischen Reisenden ist der mangelhafte Fährbetrieb oft ein Gegenstand heftiger Kritik gewesen, die uns in keiner Weise gleichgültig sein darf. Sachlich bleibt indes festzustellen, daß nicht nur der Verkehr zwischen Stralsund und Rügen, sondern auch der zwischen Rügen (Sukow) und Schweden (Trelleborg) ständig zunahm — besonders seit der Eröffnung der Schwedenfähr.

Kostpunkt 30 Millionen.

Die außergewöhnlich günstigen Folgen eines Dammbaues zwischen Rügen und dem Festland sind leicht zu berechnen: die Zeitersparnis würde eine Steigerung des Verkehrs nach Rügen zur Folge haben, desgleichen nach Schweden, zumal heute noch wesentlicher Teil schwedischer Güter über die Fähr- (Göteborg-Barnumünde, also vertenernder Weise über Dänemark, umgeleitet wird. In diesen handelspolitischen Gesichtspunkten treten wirtschaftliche die speziell für die Insel Rügen wichtig sind, hinzu: kein Zweifel, daß die auf der Insel Rügen gelegenen sehr schönen Ostseebäder noch eine weit höhere Zahl von Besuchern herbergen werden, wenn sie leichter zu erreichen sind, als es heute möglich ist. Das Ganze ist infolgedessen schon gar keine Frage theoretischer Ermügens mehr, sondern vielmehr ein Problem der wirtschaftlichen Praxis: die Kosten für den zu erbauenden Damm würden sich auf etwa 30 Millionen Mark belaufen.

Der „Berein“ ist schon da!

Geplant ist, daß der Damm, der eine Länge von 2 1/2 Kilometern und eine Breite von 18 Metern haben soll, von Stralsund aus die Insel Dänholm berühren, den Strelasund kreuzen und in der Nähe des heutigen Bahnhofs Altfähr die Insel Rügen erreichen soll. Der Damm wäre breit genug für zwei Eisenbahngleise und würde außerdem noch für andere Fahrzeuge und Personenverkehr neun Meter zur Verfügung stellen. Zusammen mit acht Brückendöffnungen vorgezogen, eine davon für eine Klappbrücke.

Schon hat sich, um die Arbeiten tatkräftig zu betreiben, ein Verein zur Förderung des Rügendamms-Projektes gebildet. Eine Eingabe an den Reichskanzler wird besonders auch auf die wesentlichen Vorteile hingewiesen, die der geplante Damm für den Automobilverkehr bedeutet; man verweist auf den geplanten Ausbau der Autofernstraße Südwestdeutschland-Ostsee. Die Eingabe heißt es: „... es wird neben den bekannt guten, ein- und mittleren Bahnhöfen solche geben, die dank ihrer betriebsgesellschaftlichen Note auf das schwedische Publikum eine noch größere Zugkraft ausüben als bisher.“ Zweifellos ist die internationale Gesichtspunkt wesentlich.

Bereits Verhandlungen.

Der Motor ist angekurbelt. Im Reichstag wurde über die Thema debattiert, der Reichsverkehrsminister nimmt eine positive Stellung ein, schon laufen Verhandlungen zwischen Preußen und der Reichsbahndirektion — es scheint mit günstigem Ergebnis. Wenn nicht alles trügt, wird es nicht mehr lange dauern, bis eine Entscheidung über den Bau in nächster Zeit gefaßt wird. Seine Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit stehen außer Frage — die einzige Frage bleibt, ob auch das Geld da ist. Zweifellos wäre es an sich sehr schön und nicht zuletzt von Vorteil für Tausende von Arbeitslosen, wenn baldigt durch den ersten Spatenstich das internationale Verkehrsproblem des Rügendamms sein praktische Lösung fände.

Die Schweiz unter Schnee wie noch nie



Keiner der gesamten Schweiz hat Schneefälle von einer Stärke mitbegriffen, wie sie seit fünfzig Jahren nicht erlebt wurde. Die Gletscherströme liegen größtenteils unter einer meterhohen Schneedecke, die — wie in anderen Höhe gezeigt wird — von Schneepflügen kaum noch beseitigt werden kann.

Wie der Berliner Rinnemord geschah

Des Ermordeten des Mordes

Die Berliner Nachrichten sagen am Mittwoch abend der Bruder des Reichstages-Mitglieds ist, der vor wenigen Wochen der Berliner Rinnemörder Samueler erschossen ist. Samueler Bruder beschloß sich, an dem Mord beteiligt zu sein. Er sei am Mordabend gekommen mit seinem Bruder zu dem Rinnemörder in Rinnem (dem Tote) gefahren und habe Samueler in das harte Schneefeld geladen. Hier habe nicht sein Bruder Samueler, sondern er, Herbert Rinnem, den Schlag auf Samueler abgegeben. Er habe keinen Bruder Charles in die Rinnemühle geschickt, und den Rinnemörder beiseite zu schlagen, damit er bei dem Schlag gefalle, der durch die Tür gekommen sei. Dann habe er, Herbert, noch einmal geschlagen. Samueler sei dann tot zu Boden geschlagen. Die Angelegenheit haben auch den neuesten Ermittlungen der Kriminalpolizei mit Rücksicht auf Samueler für sich.

Ein Reimhorns Stütze

In den nächsten Tagen wird die deutsche Wollschafferei in Reimhorn von Reimhorn (Pommern) über Danzig nach Schweden gehen und den Reimhorn nach Danzig bringen. Die Wollschafferei hat die Expedition des deutschen Reichstages Mitglied mit ihrem Reimhorn-Vertrag abgeschlossen.

Stumpflich verlaufene Verhandlung eines Verkehrsproblems

Folgt eine Verhandlung nicht geklärt nachmittags zwischen Eisen und Frankfurt a. M. wachsende Verhandlung in der Nähe der Burg Sickingen stattfinden. Hierbei zerbrachen Hühnerfleisch und Propeller. Die Verhandlung endet mit dem Scheitern davon und konnten ihre Zeit mit der Zeit verlieren.

Mörder in England wird gehängt

Wie aus London gemeldet wird, ist das Gnadengebet zum Tode verurteilten Kaufmanns Rouze, der vor wenigen Wochen auf der Landstraße einen Menschen in sein Auto nahm und später seinen Wagen mit samt die Menschen verbrennen ließ, abgelehnt worden. Das Urteil wurde kürzlich lediglich auf Grund von Indizien gefällt, die jedoch in der Öffentlichkeit nach wie vor großem Zweifel begegnen.

Inzwischen hat sich auch aus Frankreich eine Frau gemeldet, die Rouze als den Vater ihres Kindes anführt und der er ebenfalls die Heirat versprochen hat. Alle seine Freundinnen, insgesamt vier an der Zahl, waren für die Begnadigung besonders tätig. Jetzt sind die völlig zusammengebrochen. Der letzte Wunsch der Verurteilten ist, daß die betrogenen Frauen gemeinsam für ihre Kinder sorgen.

Zwölf Tage im Eis

Bei Domesnäs (lettländische Küste) wurden auf einer eisigen Gischolle 4 eiserne Fischer angetrieben, die zwanzig Wochen lang im offenen Rißer des Rigaischen Meerbusens an dieser Scholle gehauert hatten. Die Fischer mußten während der ganzen Zeit von rohem Seehundfleisch und Seehundsbint nähren. Die Männer hatten sich zu weit aufs vereiste Meer hinausgewagt und bemerkten zu spät, daß sie abgetrieben worden waren.

Lohnschinder

Eine Tabakfabrik in Madison (Wisconsin USA.) wurde behördlicherseits geschlossen, weil eine Untersuchung ergab, daß die Besitzer das Mindestlosgesetz umgingen. Während der Mindestlohn 22 Cents die Stunde vorliegt, zahlten die Fabrikanten weit unter diesem Satz, so daß die Arbeiterinnen bei einer 10 bis 14stündigen Arbeitszeit nur einen Wochenlohn von fünf bis acht Dollars erhielten.

Botenpest in Indien

In Kalkutta brach eine schwarze Botenpest aus. Etwa 60 Personen fielen ihr im Laufe der letzten Tage zum Opfer.

Enklave in der Billekolonie



aber die Jagd nach dem entflohenen Reizmittel (Hans-J.)